

<i>Name:</i>	Partei des Gemeinwohls
<i>Kurzbezeichnung:</i>	PDG
<i>Zusatzbezeichnung:</i>	"Die Kompetente" Kompetenz-Partei

Anschrift: **Karolingerring 11-15
50678 Köln**

Telefon: **(02 21) 43 08 25 27**

Telefax: **-**

E-Mail: **kompetenz-partei@gmx.de**

I N H A L T

Übersicht der Vorstandsmitglieder

Satzung

Programm

(Stand: 22.04.2022)

Name:

Partei des Gemeinwohls

Kurzbezeichnung:

PDG

Zusatzbezeichnung:

“Die Kompetente“ Kompetenz-Partei

Bundесvorstand:

Vorsitzender:

Clemens Lischka

2. Vorsitzende:

Natalia de Petris

Schriftführer, Schatzmeister, Kassenwart:

Luis Eckenberger

weiteres Vorstandsmitglied:

Angela Tscholl

Landesverbände:

Nordrhein-Westfalen:

Vorsitzender:

Clemens Lischka

2. Vorsitzende:

Natalia de Petris

Schriftführer, Schatzmeister, Kassenwart:

Luis Eckenberger

weiteres Vorstandsmitglied:

Angela Tscholl

Partei des Gemeinwohls

PDG

Satzung 17.12.2021

Präambel:

Die Partei des Gemeinwohls ist dem Wesen nach eine Freie-Argumente-Kultur-(FrAK-)Partei.

Die Kompetente / PDG nutzt grundsätzlich ALLE weltweiten kompetenten Experten bzw. deren Ideen für die Reformen-Entwicklung, lädt sie ein zu Talkshows usw., in denen es um Verbesserungsvorschläge zum jeweils aktuellen Wahlprogramm geht.

Alle Experten für Reformen weltweit werden grundsätzlich hinzugezogen für das Wahlprogramm auf der Homepage und fürs Reformieren in den Ministerien, - persönlich, per Referat oder Stuhlwechsel-Technik.

Die Partei des Gemeinwohls

ist eine Freie-Argumente-Kultur- (FrAK)-Partei und ist dementsprechend eine äußerst demokratische Partei,

- die sich für Verantwortungs-Bildung, Wohlfühlen, Gesundheit, Langlebigkeit und Wohlstand der Menschen im weitesten Sinne einsetzt
- die wirtschaftliches Handeln zur Mehrung des Wohlfühlens und der Gesundheit der Menschen fördert durch Gemeinwohlorientierte Wirtschafts- und Gesellschafts-Formen bzw. GemeinWohlWirtschaft bis hin zur GemeinWohlGesellschaft
- die dem Willen des Volkes durch Einsatz einer Wohlfühlstimme als neuer Wahlstimme bzw. alternativ oder als Ergänzung: Mini-Volksentscheide (Repräsentative Wählerstichproben) zur Aufstellung aller Spitzenkandidaten und durch große Volksentscheide Geltung verschafft
- die die Souveränität anderer Staaten achtet
- die ähnliche Parteien in anderen Ländern fördern wird
- die Nichtwähler wieder mit einbeziehen möchte.

§ 1 Name der Partei

Die Partei führt den Namen:

Name: Partei des Gemeinwohls

Kurzbezeichnung: PDG

Zusatzbezeichnung:

"Die Kompetente" Kompetenz-Partei

und ist dem Wesen nach eine FrAK-Partei FreieArgumenteKultur-Partei

§ 2 Rechtsform, Sitz, Tätigkeitsgebiet

1. Die Partei ist eine politische Partei im Sinne des Parteiengesetzes.
2. Sitz der Partei ist in Köln
3. Tätigkeitsgebiet der Partei ist das gesamte Bundesgebiet.

§ 3 Ziel der Partei

Ziel der Partei ist es, für den Bereich des Bundes, der Länder und Kommunen, auf die politische Willensbildung Einfluss zu nehmen und an der Vertretung und Wahrnehmung der Interessen der Bürger im Deutschen Bundestag und in den Bundesländern mitzuwirken.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied kann werden, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, seinen/ihren Wohnsitz in Deutschland hat und Programm und Satzung der Kompetenten zustimmt.
2. Mitglied kann werden, wer das ordnungsgemäß ausgefüllte Aufnahmeformular Mitgliedsantrag mit rechtsgültiger Unterschrift versieht und an den Bundesvorstand an die oben angegebene Büroanschrift schickt.
3. Der Bundesvorstand überprüft die Beitrittserklärung und entscheidet über die Aufnahme.

Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben. Aufnahmebestätigung wird mitgeteilt.

4. Die Mitgliedschaft endet bei Austritt, wenn das Mitglied ausgeschlossen wurde, oder mit dem Tod.

5. Mitglied werden kann, wer gleichzeitig Mitglied anderer Parteien ist. Ausnahmen werden auf Antrag im Einzelfall durch den Bundesvorstand geprüft und entschieden.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, sich an der Förderung der Parteizwecke und an der politischen Arbeit der Partei aktiv zu beteiligen. Insbesondere haben alle Mitglieder Rede- und Antragsrecht.

2. Alle Mitglieder der Partei und alle Vertreter in den Parteiorganen haben gleiches Stimmrecht.

4. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Satzung einzuhalten und alle Handlungen zu unterlassen, die das Ansehen der Partei schädigen.

5. Jedes Mitglied ist berechtigt, Urabstimmungen einzuleiten. Dazu bedarf es eines Antragstextes, der Anschrift von zwei Vertrauensleuten und des Kreisverbandes sowie die Unterschrift von 5% der Mitglieder, wobei die Zahl der Mitglieder am 31.12. des Vorjahres maßgeblich ist.

§ 6 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder

1. Zulässige Ordnungsmaßnahmen sind

- die Rüge
- der Ausschluss aus der Partei

2. Bei parteischädigendem Handeln mit minderm Schaden kann eine Rüge ausgesprochen werden, desgleichen bei ehrlosem Handeln oder bei groben Verstößen gegen die Grundsätze der Partei. Ausgeschlossen werden kann ein Mitglied nur, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und der Partei damit schweren Schaden zufügt.

3. Ein Parteiordnungsverfahren wird aus gegebenem Anlass oder auf Antrag der einfachen Mehrheit der Mitglieder einer Gliederung von deren Schiedsgericht durchgeführt. Das Schiedsgericht muss den Betroffenen anhören und seine

Entscheidung schriftlich begründen.

Bei Widerspruch des Betroffenen wird das nächst höhere Schiedsgericht zur endgültigen

Entscheidung angerufen.

4. In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der ausführende Vorstand der Partei ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur endgültigen Entscheidung über das Verfahren ausschließen.

5. Mitglieder, die den Versuch unternehmen, die Partei, die Satzung oder den Grundsatz zu unterwandern, zum Zwecke der Zusammenführung mit einer anderen Partei oder zum eigenen persönlichem Vorteil, werden umgehend und mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei behält sich rechtliche Schritte gegen diese Person vor.

§ 7 Gliederung

1. Die Partei gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen schaffen. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Landes gibt es nur einen Landesverband. Ein Landesverband darf nicht Gliederungen anderer Landesverbände an sich ziehen.

2. Werden einem Lande im staatsrechtlichen Sinne Teile eines anderen Landes oder bis dahin bestehenden Landes angegliedert, so gehen die in dem bisher bestehenden Lande vorhandenen Gliederungen der Partei in dem Landesverband des vergrößerten Landes auf. Der aufnehmende Landesverband hat innerhalb von drei Monaten nach der Aufnahme einen Parteitag nach den Regeln seiner Satzung einzuberufen, auf dem die Organe des Landesverbandes entsprechend dieser Satzung neu gewählt werden. Dieser Parteitag muss spätestens einen Monat nach seiner Einberufung zusammentreten. Unterbleibt dies, so hat der Bundesvorstand das Recht der Einberufung.

3. Wird aus zwei oder mehreren Ländern ein neues Land im staatsrechtlichen Sinne gebildet und schließen sich die Gliederungen der Partei nicht von selbst innerhalb von vier Monaten zu einem neuen Landesverband zusammen, so

entscheidet der Bundesvorstand im Benehmen mit den bisherigen Landesverbänden über Form und Art des Zusammenschlusses, es sei denn, der Zusammenschluss ist inzwischen erfolgt.

§ 8 Organe

Organe der Bundespartei und ihrer Untergliederungen im Sinne des Parteiengesetzes sind dem Rang nach

- auf Bundesebene der Parteitag und der Bundesvorstand
- auf Landesebene die Hauptversammlung und der Landesvorstand
- In den weiteren Untergliederungen die Mitgliederversammlung und der entsprechende Vorstand.

§ 9 Parteitag, Hauptversammlung und Mitgliederversammlung

Der Parteitag tritt in Köln in Form einer Mitgliederversammlung zusammen. Versammlungen der Partei und ihrer Untergliederungen treten in den jeweiligen Bereichen zusammen. Es sind jeweils Protokolle zu erstellen und es ist eine Beurkundung vorzunehmen.

1. Der Parteitag ist das höchste beschlussfähige Organ der Partei.
2. Der Parteitag findet mindestens alle zwei Jahre statt.
3. Jeder ordentliche Parteitag wird vom Bundesvorstand unter Einhaltung einer Frist von 60 Tagen im Internet oder per Post angekündigt. Zusätzlich werden alle Parteimitglieder direkt per Email über diesen Termin, die Tagesordnung und die vorliegenden Anträge informiert. Für außerordentliche Parteitage kann die Frist auf 21 Tage verkürzt werden. Bei Anwesenheit aller Mitglieder ist keinerlei Frist erforderlich.

Der Vorstand schlägt die Tagesordnung vor, leitet die Konferenz und das Forum.

4. Der Parteitag hat folgende Aufgaben:

- Verfassen einer Geschäftsordnung,

- Entgegennahme und Erörterung der vorgelegten Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte,
- Entlastung des Vorstandes
- Wahl des Vorstandes
- Wahl von zwei Rechnungsprüfern, die nicht gleichzeitig im Vorstand sein dürfen,
- Wahl der Mitglieder der Schiedsgerichte (s. § 17)
- Beschlussfassung und Entscheidung über Anträge
- Beschlussfassung von Parteiprogramm, Satzung und Finanzordnung,
- Beschlussfassung über die Verschmelzung mit anderen Parteien
- Empfehlungen für Wahlen und Urabstimmungen verfassen.

5. Anträge für den Parteitag können jederzeit von den Mitglieder per Email oder Post an den Vorstand gesendet werden. Bis zum Parteitag werden alle Anträge vom Vorstand dokumentiert.

6. Die Teilnehmer eines Parteitages, die Anträge, der Ablauf, sowie die Beschlüsse werden drei Jahre aufbewahrt und sind jedem Mitglied zur Einsicht zugänglich.

7. Die vorgenannten Bestimmungen über den Parteitag gelten entsprechend auch für die Haupt- und Mitgliederversammlungen der Untergliederungen.

§ 10 Wahlen und Abstimmungen

1. Die Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt, in offener Abstimmung dort, wo zulässig.

2. Vorstandswahlen aller Gliederungen:

Die Vorstandsmitglieder werden getrennt und einzeln gewählt. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Jedes Mitglied kann kandidieren. Um die Kandidatenzahl zu begrenzen, darf in einer Vorabstimmung jedes Mitglied für jedes Amt eine Person auswählen und

unterstützen. Die maximal 10 Kandidaten für eine spezielle Funktion, die die jeweils höchste Zahl von Unterstützerpunkten erhalten haben, werden für die Wahl nominiert.

3. Kontrolle von Funktionsträgern

Wird das Verhalten einzelner Funktionsträger kritisiert, können 5% der Mitglieder eine Abstimmung über die Missbilligung verlangen.

Sind bei der Abstimmung mehr als 30% der Parteimitglieder für die Missbilligung, hat der Funktionsträger die Pflicht, soweit möglich, eine Korrektur durchzuführen. Sind mehr als 50% der Wahlberechtigten für die Missbilligung, ist der Funktionsträger abgewählt. Es ist dann sofort eine Neuwahl durchzuführen. Bis dahin übernehmen die verbleibenden Funktionsträger seine Aufgaben.

§ 11 Wahl der Mandatsträger

Für die Wahlen der Mandatsträger finden die Bestimmungen des § 10 Anwendung. Für die Mandate können nur Mitglieder kandidieren.

Zuständig für die ordnungsgemäße Aufstellung der Mandatsträger, der Einreichung der Wahlvorschläge für Wahlen zu Volksvertretungen und den Wahlkampf ist der Vorstand der jeweils kleinstmöglichen Gliederung, ersatzweise der Vorstand der übergeordneten Gliederung.

Ziel der Partei ist es, an allen Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden teilzunehmen.

§ 12 Vorstand

1. Der Vorstand leitet die Partei und führt die Beschlüsse der Mitglieder aus. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Hauptaktivität der Vorstände ist das Organisieren der permanenten Abstimmung zur Willensbildung der Partei. Weiterhin verantwortet er die Öffentlichkeitsarbeit von Partei oder Gliederung. Er führt die Mitgliederdatei und unterhält Archive. Er organisiert die Versammlungen. Über alle Vorgänge legt er Rechenschaft ab.

2. Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus Vorsitzendem, einem Vertreter

(2. Vorsitzende(r)) und einem Schriftführer/ Schatzmeister/ Kassenwart und kann durch weitere "Vorstandsmitglieder" erweitert werden. Die Vorstände der Untergliederungen bestehen entsprechend aus Vorsitzendem, einem Vertreter und einem Schriftführer/ Schatzmeister/ Kassenwart und können durch weitere "Vorstandsmitglieder" erweitert werden. Eine Ämterhäufung ist nach dieser Satzung möglich.

3. Der Vorstand wird für 2 Jahre gewählt.

§ 13 Willensbildung

1. Eine umfassende Information per Post und Internet über anstehende Wahlen und Abstimmungen erlaubt für Beschlussfassungen die einfache Stimmenmehrheit.

Während der Durchführung einer Abstimmung darf niemand Zwischenergebnisse erfahren.

2. Bei den unter § 5 genannten Urabstimmungen muss eine Mindestbeteiligung von 30% der berechtigten Mitglieder erzielt werden. Wird festgestellt, dass diese Mindestbeteiligung nicht erreicht wurde, ist eine neue Urabstimmung durchzuführen. Ist auch nach der zweiten Urabstimmung keine Mindestbeteiligung erzielt worden, wird die Urabstimmung ohne Ermittlung des Stimmverhaltens dem Parteitag oder der Hauptversammlung zur endgültigen Entscheidung überlassen.

§ 14 Schiedsgericht

Das Bundesschiedsgericht und die Schiedsgerichte der Untergliederungen bestehen aus drei

Personen, die keinem Vorstand angehören dürfen, die in keinem Dienstverhältnis zur Partei stehen und keine Einkünfte von der Partei beziehen. Mindestens ein Mitglied eines Schiedsgerichtes sollte über juristische Kenntnisse verfügen. Sie werden zusammen mit zwei Nachrückern für vier Jahre gewählt. Auch Nichtmitglieder können in Schiedsgerichte gewählt werden. Die Wahlen werden gemäß § 9.5 vom Parteitag durchgeführt.

Für die Tätigkeit des Schiedsgerichtes ist eine Schiedsgerichtsordnung zu erlassen, die den Beteiligten rechtliches Gehör, ein gerechtes Verfahren und die Ablehnung eines Mitglieds des Schiedsgerichtes wegen Befangenheit gewährleistet.

1. Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten in der Partei oder einer Untergliederung mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung dieser Satzung und nachgeordneter Ordnungen und zur Entscheidung über Wahlanfechtungen sind durch den Parteitag und durch die Parteitage der Landesverbände Schiedskommissionen zu bilden.

Für weitere Untergliederungen können Schlichtungskommissionen gebildet werden, die auch für mehrere Untergliederungen entscheiden.

2. Schiedskommissionen werden nur auf Antrag tätig, über die Eröffnung von Schiedsverfahren entscheiden die Schiedskommissionen.

3. Die Bundesschiedskommission schlichtet und entscheidet erst- und letztinstanzlich Streitfälle zwischen Landesverbänden sowie zwischen Bundesorganen der Partei sowie einzelnen Mitgliedern und Untergliederungen. Sie entscheidet erst- und letztinstanzlich über Widersprüche gegen die Auflösung von Untergliederungen und Zusammenschlüssen. Sie ist Berufungsinstanz gegen Entscheidungen von Landesschiedskommissionen.

4. Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit nicht die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist oder wenn die Schlichtung einer Untergliederung gescheitert ist. Sie entscheiden erstinstanzlich über Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften und über Ausschlüsse aus der Partei.

5. Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahren

a) Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen Ordnung in

der Partei dienen,

b) Mitglieder nach § 6 Abs. 1 aus der Partei ausschließen.

§ 15 Maßnahmen gegen Gebietsverbände

Ordnungsmaßnahmen des Bundesvorstandes gegen Gebietsverbände, wie auch der Vorstände übergeordneter Gebietsverbände gegen ihre jeweiligen Untergliederungen, können erfolgen, wenn

- Untergliederungen oder deren Organe gegen Satzungsbestimmungen oder Parteigrundsätze in grober Weise verstoßen.
- Untergliederungen oder deren Organe Beschlüsse übergeordneter Gliederungen nicht ausführen.

Die Ordnungsmaßnahme eines übergeordneten Gebietsverbandes oder des Bundesvorstandes bedarf für diese Ordnungsmaßnahmen der Bestätigung durch ein höheres Organ. Im Falle des Bundesvorstandes ist das übergeordnete Organ die nächste Mitgliederversammlung der Bundespartei, bei der dieser Tagesordnungspunkt fristgerecht angekündigt wurde. Die Maßnahme tritt außer Kraft, wenn die Bestätigung durch das höhere Organ verweigert wird.

Die Maßnahmen sind:

- a) Die Verwarnung, unter Umständen verbunden mit der Anordnung, innerhalb einer bestimmten Frist eine angeordnete Maßnahme durchzuführen oder zu unterlassen
- b) die Auflösung oder den Ausschluss von Gebietsverbänden
- c) Die Enthebung des Vorstandes oder einzelner Vorstandsmitglieder, unter Umständen verbunden mit der kommissarischen Betreuung eines oder Mehrerer Mitglieder der Untergliederung mit den Aufgaben der Enthobenen bis zur baldigen Neuwahl.
- d) Gegen die Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 3 kann das zuständige Landes- oder das Bundes-Schiedsgericht angerufen werden. Die Entscheidung des jeweiligen Schiedsgerichtes ist endgültig.

§ 16 Finanzen

1. Der Schatzmeister der Gesamtpartei führt eine ordnungsgemäße Buchführung.

Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Vierteljährlich wird eine Quartalsübersicht für alle Mitglieder veröffentlicht.

Der Schatzmeister sorgt für die fristgerechte Vorlage des Rechenschaftsberichtes gemäß Parteiengesetz beim Präsident des Deutschen Bundestages bis zum 30. September eines jeden Jahres. Zu diesem Zweck legen die Untergliederungen spätestens zum 30. Juni jeden Jahres die Abrechnungen vor.

2. Untergliederungen führen eine eigene Buchhaltung. Der Bundesschatzmeister oder sein Beauftragter ist jederzeit berechtigt, die Übereinstimmung von Buchhaltung und Kassenbestand der Untergliederungen zu überprüfen.

3. Die Finanzmittel der Partei setzen sich aus Spenden und der staatlichen Parteifinanzierung zusammen. Sie werden ausschließlich vom Bundesverband entgegengenommen und den Untergliederungen nach Bedarf und Verfügbarkeit auf Antrag zugeteilt.

4. Der Bundesschatzmeister erstellt im Auftrag des Parteitages mit dessen Vorgaben einen Haushaltsplan. Er gibt den Untergliederungen Hinweise über die Verwendung und Verbuchung der Mittel. Der Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters ist Bestandteil des Berichtes des Bundesvorstandes.

Die Buchhaltungsunterlagen sind 10 Jahre aufzubewahren.

§ 17 Auflösung der Partei oder Untergliederungen

Über die Auflösung der Partei entscheiden die Mitglieder. Hierzu ist eine Urabstimmung erforderlich.

Die Mitglieder werden schriftlich aufgefordert, Ihre Stimme mit ja oder nein zu einer Auflösung der Partei wiederum schriftlich an den Bundesvorstand zu schicken. Es ist eine Postlaufzeit von 4 Wochen zu berücksichtigen, bis die Stimmen der Mitglieder beim Bundesvorstand eingegangen sein müssen. Die Anzahl des Rücklaufes der abgegebenen Stimmen ist bindend. Die einfache Mehrheit entscheidet über die Auflösung der Partei. Eine Auflösung der Partei kann nur auf Antrag einzelner Mitglieder oder Untergliederungen beim Bundesvorstand beantragt werden.

Beschlüsse über die Auflösung der Partei oder die Verschmelzung mit einer anderen Partei bedürfen einer Urabstimmung.

Vor einer Auflösung wird durch eine bestmögliche Befragung aller Mitglieder entschieden, an welche beim Bundeswahlleiter registrierte Partei ähnlicher Zielsetzung Rechte und Vermögen fallen.

§ 18 Schlussbestimmungen

Diese Satzung tritt mit dem Beschluss des Parteitages am 14.9.2021 in Kraft. Ergänzungen oder Änderungen müssen nach den Regeln des § 13 beschlossen werden. Treten im Zusammenhang mit der Parteiarbeit nicht durch die Satzung geregelte Vorgänge auf, ist bis zu einer Anpassung der Satzung im Sinne der Satzung zu verfahren.

Befinden sich Bestimmungen dieser Satzung nicht in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz oder den Wahlgesetzen, so gelten die Bestimmungen des Parteiengesetzes und der Wahlgesetze von Bund und Ländern.

Informationen zum

Parteiordnungsverfahren

Ein Parteiordnungsverfahren ist ein Schiedsgerichtsverfahren in Parteien, bei dem Parteistrafen bis hin zum Parteiausschluss verhängt werden können.

Grundlage

Das Parteiordnungsverfahren ist in der Satzung der jeweiligen Partei geregelt. Meist verfügen Parteien darüber hinaus über eine Schiedsordnung (in Deutschland Pflicht), in der Details geregelt sind.

In Deutschland sind die Parteien gemäß § 10 Parteiengesetz verpflichtet, in ihrer Satzung

die zulässigen Ordnungsmaßnahmen (Parteistrafen)

die Gründe für Ordnungsmaßnahmen und

die zuständigen Organe (Parteischiedsgerichte) für die Festlegung von Ordnungsmaßnahmen

zu regeln. [1]

Parteistrafen

Als Parteistrafen werden vielfach vorgesehen:

die Erteilung einer Rüge,

die zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Parteiämtern und Funktionen

das zeitweilige Ruhen von Rechten aus der Mitgliedschaft

der Parteiausschluss.

Gründe für Ordnungsmaßnahmen

Gründe, die zu Ordnungsmaßnahmen berechtigen können z.B. sein

Verstöße gegen die Satzung, Finanzordnung oder andere Regelwerke der Partei

Verstöße gegen die Ordnung der Partei

Verletzung der Grundsätze der Partei

Sofern die Parteistrafe im Parteiausschluss liegt, bedarf es schärferer Anforderungen, die in § 10 Abs. 4 Parteiengesetz niedergelegt sind. Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze der Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

Parteischädigend verhält sich z.B. wer der CDU angehört und

zugleich einer anderen politischen Partei angehört,

in Versammlungen politischer Gegner, in deren Rundfunk- oder

Fernsehsendungen sowie Presseorganen gegen die grundsätzliche Politik der Union Stellung nimmt,

bei der Wahl einer Vertretungskörperschaft als Bewerber gegen die Christlich-Demokratische Union auftritt,

als Kandidat der Christlich-Demokratischen-Union in eine Vertretungskörperschaft gewählt ist und der christlich-demokratischen Fraktion nicht beitrifft oder aus ihr ausscheidet,

vertrauliche Parteivorgänge veröffentlicht oder an politische Gegner weitergibt,

Vermögen, das der Partei gehört oder zur Verfügung steht, veruntreut.

Parteischiedsgerichte

In Deutschland sind Parteien gemäß § 14 Parteiengesetz verpflichtet, Parteischiedsgerichte einzurichten. Die Mitglieder dürfen nicht gleichzeitig Parteivorstandsmitglieder (auf der gleichen Ebene) sein und dürfen höchstens auf 4 Jahre gewählt werden.[2]

In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann die Satzung vorsehen, dass der Parteivorstand als erste Instanz Parteistrafen verhängt.

Rechtsweg

In Deutschland ist durch die Partei eine Revisionsinstanz gegen die Entscheidung des zuständigen Schiedsgerichtes zu gewährleisten. Dies erfolgt typischerweise über das Schiedsgericht der übergeordneten regionalen Parteiorganisation.

Gegen Entscheidungen der Parteischiedsgerichte steht den Mitgliedern die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Klage zu (§ 1059 ZPO).

Parteistrafen zur Disziplinierung von Abgeordneten

Der Verstoß gegen Grundsätze der Partei ist vielfach Grund für Parteistrafen. Hieraus kann sich ein Konflikt mit dem Prinzip des freien Mandats des Abgeordneten ergeben, wenn er fürchten muss, für sein Abstimmungsverhalten im Parlament, das Beschlüssen von Parteigremien widerspricht, über Parteistrafen zur Rechenschaft gezogen wird. So definiert z.B. die Schiedsordnung der SPD, „Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, ... wer beharrlich Beschlüssen des Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“[3].

Öffentliche Aufmerksamkeit erregten die Parteiordnungsverfahren gegen Carmen Everts, Silke Tesch und Jürgen Walter, die sich nach der Landtagswahl in Hessen 2008 gemäß der Wahlversprechen der SPD aber entgegen den Parteitagsbeschlüssen nach der Wahl weigerten, eine Regierungsbildung unter Unterstützung der Partei Die Linke im Parlament mitzutragen. Die Revisionsverfahren, mit denen sie sich gegen die verhängten Parteistrafen wenden, sind nicht abgeschlossen.

Literatur

Büdding, Meike: Parteischiedsgerichtsbarkeit auf Bundes- und Landesparteebene unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1990 – 2000. Diss. Bocholt 2003

Hasenritter, Karl-Heinrich: Parteiordnungsverfahren. Heidelberg 1981. ISBN 3-76853781-1.

Henke, Wilhelm: Das Recht der politischen Parteien. Göttingen 1964/1972

Kerssenbrock, Trutz Graf: Der Rechtsschutz des Parteimitglieds vor Parteigerichten.

Kressel, Dietrich: Parteigerichtsbarkeit und Staatsgerichtsbarkeit. Berlin 1998

Einzelnachweise

↑ § 10 Parteiengesetz

↑ § 14 Parteiengesetz

↑ § 34 Organisationsstatut der SPD

↑ ZGB

Parteiprogramm PDG:

GemeinWohlWirtschaft = Weltrettung

Pseudo-Kommunistisches zerstört Wohlstand!

Marktwirtschaft zerstört Wohlfühlen!

GemeinWohlWirtschaft bedeutet sehr viel MEHR Wohlfühlen UND Wohlstand!

Pseudo-Kommunismus (Bitterfeld: Vergiftete Bürger, reiche Polit-Bonzen) UND Soziale Marktwirtschaft UND unser Grundgesetz ERLAUBEN Profite auf Kosten der Menschen. Nur für die GemeinWohlWirtschaft und GemeinWohlGesellschaft gilt erstmals:

Profite auf Kosten der Menschheit werden nicht mehr geduldet !!!

Einfluss von Lobbyismus und Wirtschaft auf Politik wird nicht mehr geduldet !!!

GWÖ und/oder GWO und/oder GWL und/oder PWÖ und/oder X?

GemeinWohl-Ökonomie nach Christian Felber und/oder Gemeinwohlorientierte Wirtschafts-Ordnung nach den Next Scientists For Future vom Weltrat und/oder GemeinWohlLobby und/oder PostWachstumsÖkonomie und/oder Bhutans Bruttonationalglück und/oder Anekdote-vom-Alten-China-GemeinWohlWirtschaft und/oder XYZ? Welche Form der GWW GemeinWohlWirtschaft ist die Beste für die Menschheit?

Wir erlauben Mehrfach-Mitgliedschaft in beliebig vielen anderen Parteien, nehmen NULL Mitgliedsbeitrag und setzen voll auf GWW GEMEINWOHLWIRTSCHAFT und GEMEINWOHLGESELLSCHAFT GWG und auf eine ideale Debatten-Kultur, eine FREIE-ARGUMENTE-KULTUR FrAK und verstehen uns als eine FrAK-Partei !!!

Ein erstes Beispiel, um sich GemeinWohlWirtschaft ein bißchen besser vorstellen zu können:

(Ganz generell gilt: Im Gegensatz zu China, wo Daten durch die "Herrschenden" oder Mächtigen mißbraucht werden GEGEN die Bevölkerung, werden bei uns Daten ausschließlich benutzt, damit die Bevölkerung die Mächtigen oder "Herrschenden" kontrollieren kann, - bei gleichzeitiger Unterbindung aller sonstigen Datenerhebung, bei der auch nur die geringste Mißbrauchs-Möglichkeit denkbar wäre.)

Wir fangen mit dem Open Petition-Vergleich zweier Gesundheits-Reform-Modelle an:

1. Gesundheits-Reform-Vorschlag einer Neupartei, nur ca. 40 Unterstützungs-Unterschriften und nur 4 positive Kommentare:

<https://www.openpetition.de/petition/online/das-gesundheitssystem-soll-sehr-viel-staerker-als-bisher-lokal-und-regional-gestaltet-werden#petition-main>

2. Unsere Gesundheits-Reform-Konzeption: Ca. 200 Unterstützende, ca. 60 positive Wählerkommentare:

<https://www.openpetition.de/petition/online/mein-arzt-soll-dafuer-belohnt-werden-wenn-ich-gesund-und-gluecklich-bleibe>

Hier der Text der Petition:

Gesundheit

MEIN ARZT SOLL DAFÜR BELOHNT WERDEN, WENN ICH GESUND UND GLÜCKLICH BLEIBE!

„Endlich wird mein Arzt belohnt, wenn er mir durch ein kostenloses Gesundheits-Freizeit- und Wochenend-Angebot hilft, dass ich durch Immun-Abwehr-Stärkung nie Krebs, Herzinfarkt usw. bekomme...“ Von meiner Arztpraxis und/oder Nicht-Ärztlichen Hausarzt-Ersatz-Praxis bzw. deren Gesundheits-Team bekomme ich also Physiotherapie, Ernährungsberatung, HP-Beratung, Gesundheitssport und alles andere gesundheitsförderliche kostenlos angeboten, alles aus einer Hand!

Begründung

Es werden Statistiken über Wohlfühlen, Gesundheit und Langlebigkeit von uns allen erfasst. Die Belohnung des Arztes bzw. der Nicht-ärztlichen Hausarzt-Ersatz-Praxen richtet sich nach diesen Statistiken. Wer geht dann noch in eine Praxis, die im öffentlichen Ranking weiter unten steht?

Weder Impf- noch Beratungs-Pflicht. Also vollständige Öffnung des Gesundheitswesens für alle Ansätze bei gleichzeitiger öffentlich einsehbarer Messung der Gesundheitsförderungs-Wirkung und Krankheitsverhinderungs-Wirkung jeder Praxis.

Ein kleiner Exkurs zum Reizwort Kommunismus, zum Spruch: "1000 Irrtümer des primitiven Antikommunismus": Wir sind offen für ALLE SACHLICHEN ARGUMENTE und somit auch offen für kontroverse sachliche Diskussionen in unseren Talkshows über den einzigen real denkbaren super-demokratischen Kommunismus, einen fairen WETTBEWERBS-KOMMUNISMUS oder LEISTUNGS-KOMMUNISMUS und diesbezügliche gesunde planwirtschaftliche Teilelemente (im Gegensatz zu dem alten Konzept eines vermutlich nicht funktionsfähigen Konkurrenzsozialismus) und über die Frage nach Ähnlichkeiten zur GWG GemeinWohlGesellschaft. Eine Art Leistungs- und Wettbewerbs-Kommunismus oder Leistungs-Wettbewerbs-Kommunismus hat zweimal funktioniert: Bewiesenermaßen (sogar heute noch) im (Ur-) Matriarchalen Pazifistischen Bonobo-Schenker-Kommunismus eben der Bonobos (*Pan paniscus*) und höchstwahrscheinlich ganz ähnlich (vermutlich aber wesentlich weiter entwickelt) beim späten *Homo erectus*, also bei unseren "Ur-Großeltern". Die bekannten Leistungs- und Wettbewerbs-feindlichen Pseudo-Kommunismen-Sozialismen wie DDR und Co., deren Fehler immer noch viele Parteien wiederholen möchten, haben im Gegensatz dazu niemals irgendwo funktioniert, genauso wie der neoliberale bössartige patriarchale Raubtier-Kapitalismus (beschönigend Soziale Marktwirtschaft genannt) offensichtlich auch nicht richtig funktioniert. Nur noch Krisen, eine Ursache: Kapitalismus! 1000 Lügen, eine Quelle: Antikommunismus. Gib Antikommunismus keine Chance! Die Krise heißt Kapitalismus! Solche Sprüche sind gut, aber mit Echtem Leistungs-Wettbewerbs-Kommunismus ist etwas völlig anderes gemeint, als einfach nur die Fehler und Dummheiten der Vergangenheit nochmal zu wiederholen und damit das Land zu ruinieren wie einst die DDR. Dem Pseudo-Kommunismus keine Chance! Nur Leistungs- und Wettbewerbs-Kommunismus ist Echter menschlicher Kommunismus...

Übrigens: Die GWO rechnet damit, ein bleibendes Wirtschaftswunder zur Folge zu haben mit monatlich ca. 700 € zusätzlich im Geldbeutel aller Arbeitenden, wäre also auch finanziell von Vorteil, was nicht bei

allen Gemeinwohl-Konzepten zu erwarten sein dürfte.

Bitte melden Sie sich, falls Sie mitmachen wollen, siehe Mitgliedsantrag bzw. Impressum.

Einige der Kompetenten, deren Ideen wir nutzen für die kontinuierliche Verbesserung unseres Wahlprogramms:

GWÖ Gemeinwohl-Ökonomie Christian Felber (Mitte/Links)

<https://Ecogood.org/de>

<https://youtu.be/7mRe1ntgbj8>

<https://youtu.be/UbYrXlf5Njc>

GWO Gemeinwohlorientierte Wirtschafts-Ordnung, Gemeinwohlorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, Ur-Matriarchat:

<https://NextScientistsForFuture.de> vom Weltrat (Bodenständige Linke)

<https://youtu.be/POrsCbxgIlo> ,

die Weiterentwickler des "Weltweit wichtigsten Denkers" Prof. Richard Dawkins. Die einzigen, die sich Testwahlen mit einer einigermaßen repräsentativen Wähler-Stichprobe stellten: 56%!

GWL GemeinWohlLobby Marianne Grimmenstein (Mitte/Links)

Verfassunggebende Versammlung

<https://GemeinWohlLobby.de/Fairtrag-Entwurf/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Marianne_Grimmenstein

<https://youtu.be/FS00mJ9enLc>

GWL GemeinWohlLobby Österreich

<https://GemeinWohlLobby.at/Fairtrag-Entwurf/>

PWÖ PostWachstumsÖkonomie Prof. Niko Paech (Mitte/Links)

Degrowth ?

https://youtu.be/9DKN_GRzLUY

Prof. Richard Dawkins (Wikipedia: In einer Umfrage des Magazins Prospect wählte eine Auswahl britischer und US-amerikanischer Juroren Dawkins 2013 zum weltweit wichtigsten Denker... Auch aus Wikipedia:

Im April 2016 stellte The Guardian eine Liste mit den 100 besten Sachbüchern auf. The Selfish Gene – Das egoistische Gen – wurde auf Platz 10 gesetzt.[3]

Am 19. Juli 2017 wurde The Selfish Gene – Das egoistische Gen von der Royal Society zum inspirierendsten wissenschaftlichen Werk aller Zeiten erkoren. Das Buch wird als "Meisterwerk - masterpiece", Dawkins als "exzellenter Kommunikator - excellent communicator" bezeichnet..)

Dawkins ist trotz seiner konservativen Gesamtideologie und des Irrweges seiner religions-kritischen Schriften DER Lehrer für präzises realistisches evolutionsbiologisches Denken in der Politik. Er lieferte auch entscheidende Inspirationen für die neuen Begrifflichkeiten für irrationale Kognitionen: Parasitäre Meme / Killerviren des Geistes / Vorteilbringende Irrtümer PMs KVGs VIs.

<https://youtu.be/0PO0gqSLHiQ?t=905>

Der berühmteste Volkswirt und ehemalige 68er Prof. Hans-Werner Sinn, ex Ifo-Instituts-Chef

<https://youtu.be/lCeOvWqeTPg>

Der (gewerkschaftsnahe linke) Wirtschaftsweiser Prof. Achim Truger von: Sachverständigenrat der Bundesregierung und Uni Duisburg-Essen

<https://youtu.be/2ZYMLQDNWHk>

Prof. Frans de Waal, Tierliches Ur-Matriarchat bei Bonobos:

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-48495971.html>

Sylvain Coiplet, Institut für Soziale Dreigliederung:

<https://www.dreigliederung.de>

Ottmar Lattorf, Modernes Matriarchat, linker Aktivist und Reformier, der Antifa nicht radikal genug...

<https://www.youtube.com/watch?v=IkUKDwz2GSU>

Dr. Heide Göttner-Abendroth,

https://youtu.be/5d8bceMM_iE

Modernes Matriarchat. (Allerdings bestätigt ihr dogmatisch-dozierendes Auftreten in einer Talkshow

https://youtu.be/8ygOT7J_kFE

solche Kommentare wie (Wikipedia-Funde): Stefanie Knauß kommentiert: „Die wertende Sprache ihrer Beschreibungen [...] sowie die polemische Abwehr der Kritik an ihren Theorien [...] spricht nicht für den wissenschaftlichen Anspruch, den sie selbst an ihre Forschung stellt.“ (Sie tritt eher kreationistisch ideologisch auf.) "...Behauptung einer heilen (völlig egalitären, von Leistungsmessung völlig freien, in der Evolution aber leider unmöglichen) Welt des Matriarchates als Gegenstück zu den „patriarchalen Perversionen eines glücklichen Urzustandes“ (Birkhan) (Womit sie allerdings durchaus recht hat, aber eben nicht mit ihrer ideologisch verzerrten, unrealistischen Verleugnung der eben tatsächlich vorhandenen nicht-egalitären Leistungs-Messungs-Aspekte und Unterschiede in den Fortpflanzungs-Chancen entsprechend den Leistungs-Unterschieden.)... Die von ihr 1986 gegründete autonome Bildungsstätte Akademia Hagia stuft er als aschram- oder sektenähnliche Institution ein..." Insofern kann sie inspirieren, aber Vorsicht, sie transportiert schwerwiegende Vorteilbringende Irrtümer, ist viel mehr kreationistische dogmatische Ideologin als echte Wissenschaftlerin.

Christian Zimmermann, Arzt, Präsident

<http://www.patienten-verband.de/impressum.html>

(Gesundheitssystem-Kritik, Gesundheits-Reformer)

Platz für Ihre Vorschläge: Wer sollte auch als Inspirations-Geber genutzt werden bzw. zu Talkshows eingeladen werden?

Wie sieht die kompetenteste Reformenpalette für unser Land und die Welt aus?

Wir diskutieren in öffentlichen Talkshows Online bzw. per Telefon im Sinne einer neuen Debattenkultur und Freien-Argumente-Kultur mit allen, die sich melden auf die Adresse im Impressum.

Kurzmail reicht. Sie erhalten nach spätestens ca. 4 Stunden einen Rückruf.

Weitere vorläufige Zwischenergebnisse für unser Wahlprogramm, das ständig weiter diskutiert wird in öffentlichen Talkshows usw.:

(Einige erste Korrekturen des Grundgesetzes siehe weiter unten)

Ernährung:

Supermarkt-, Kiosk- und Restaurant-Leiter werden mit Verdienstzuschüssen für nachweisliche Gesundheits-Förderungs- und Krankheits-Verhinderungs-Wirkung belohnt. Die Verdienstzuschüsse werden sie auch dafür verwenden, dass sie biologische ökologische Perma-Kultur-Produkte und ähnliche Produkte billiger anbieten als konventionelle. Und wahrscheinlich werden sie gleichzeitig auch eine Ernährungsberaterin beschäftigen, um auf Wunsch die Kunden unentgeltlich zu beraten.

Die Leiter werden bei ihren Zulieferern auf maximaler Gesundheits-Förderlichkeit alles Gelieferten bestehen. Zulieferer hochwertigster Bio-Produkte werden bevorzugt werden, die gesamte Landwirtschaft wird sich entsprechend umstellen. Auch hier entscheiden Wohlfühlstimmen, Gesundheits- und Langlebigkeits-Daten der Kunden über das öffentliche Ranking, das es den Kunden ganz leicht macht, gesundheitsförderliche Supermärkte als Lebensmittel-Bezugsquelle zu wählen. Geht z.B. ein Restaurant pleite wegen gesundheitsschädlicher Lieferungen, verliert ja auch automatisch der Lieferant seinen Auftrag, also wird er nur noch gesundheitsförderliche Landwirtschaft betreiben. Die großen Ketten werden zusätzlich eigene chemische Großlabore zur Prüfung der Gesundheits-Förderlichkeit einsetzen.

Auch eine Anbieterkennung jedes verkauften Produktes führt neben den Leiter-Ranglisten auch zu Anbieter-Ranglisten. So können die Kunden sich orientieren an den Leiter-Ranglisten und den Anbieter-Ranglisten. Und: Die Leiter platzieren die weniger gesundheits-zuträglichen Produkte an den schlechteren Plätzen des Marktes und geben so auch Information aus den Anbieter-Ranglisten weiter. Außerdem verwenden sie Verdienst-Zuschüsse für Preissenkung der gesundheitsförderlichsten Produkte aus den Anbieter-Ranglisten. Soviel Tierschutz und Umweltschutz, wie nötig und vernünftig ist, um Wohlfühlen und Gesundheit der Wähler*innen zu verbessern.

Also: Alles wird gemessen und die Bevölkerung erhält alle Hilfsangebote, um sich lecker und zugleich gesünder ernähren zu können.

Wirtschaft

dient den Menschen, nicht umgekehrt. Die Konzerne werden nur noch belohnt für die nachweisliche Steigerung von Wohlfühlen, Gesundheit und Langlebigkeit bei ihren Kunden, Mitarbeitern und

Anwohnern, also für die Steigerung des Wohls der Allgemeinheit bzw. des Gemeinwohls, nicht mehr für das Beeinflussen der Politik. Alle Unternehmen werden Teil des Gesundheitswesens und werden verantwortlich für die Verbesserung von Gesundheit, Langlebigkeit und Wohlfühlen ihrer Kunden, Mitarbeiter und Anwohner und erhalten nur bei diesbezüglichem bewiesenem Erfolg noch Verdienstzuschüsse und damit die Möglichkeit des Weiterbestehens.

Zum Schutz des Bargeldes fordern wir einen Annahmezwang von Bargeld.

Völlige Vereinbarung von Kind und Karriere

Kinderbetreuung wird aus Steuermitteln finanziert, auch Betriebs-Kindergärten, Kinder-Sekretärinnen und Ausgleichszahlungen an Arbeitgeber für das Weiterbeschäftigen von Müttern. Öffentlich einsehbare Messung der Kinderförderungs-Wirkung der Kinderbetreuungs-Teams bei gleichzeitiger völliger Öffnung für alle Teams. Karriere und Kinder werden erstmals optimal vereinbar, auch durch hohe Steuerfreibeträge und eventuelle weitere Abgaben-Befreiungen ab Mutterschaft. Eventuell auch: Gleicher Lohn durch Steuer- und Abgaben-Senkung für alle Frauen?

Wir sind offen für eine neue Verfassung. Hier einige erste Korrekturen des Grundgesetzes:

Durch diese neue Verfassung wird die Entscheidungshoheit erstmals auf diesem Planeten tatsächlich und faktisch in die Hände der Bevölkerung bzw. Wähler und Wählerinnen gegeben und GEMEINWOHL-orientiertes Handeln in allen Gesellschaftsteilen bzw. -sparten die Regel.

Wesentlich für eine dem Volkssouverän angemessene Entscheidungsfindung garantiert der Staat ab sofort "Argumentefreiheit", eine „Freie Argumente-Kultur“ für jedes sachliche Argument, also eine neue echte Debattenkultur. Ab jetzt geht es nach den besten Argumenten für das Gemeinwohl aller, bei Offenheit für wechselseitige sachliche Kritik bzw. „Einander-Falsifizieren“.

Erwogen werden ca. 6 zusätzliche demokratisierende Elemente, z.B. ein gemeinWOHL-orientiertes Wahlrecht, die „WOHL-Fühl-Stimme“ als "Dauer-Volksentscheid", womit die Menschen an Bundeswahlleiter bzw. Landeswahlleiter übermitteln können, wie sich ihr Wohlfühlen verbessert oder verschlechtert. Statistisches Bundesamt bzw. Landesämter würden dann alle Belohnungen für ALLE gesellschaftlichen Sparten (Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Polizisten, Richter, (Staats-)Anwälte (aller Geschlechter), Gesundheits-, Nahrungs-, Wasser-, Pflege-, Sozial-, Bau- und Warenhersteller-Sparten, usw.) anhand der WOHLfühlstimmen-Entwicklungen der jeweiligen Kunden, Mitarbeiter und Anwohner berechnen.

Art. 1 Das Mehren von WOHLfühlen, Gesundheit, Langlebigkeit und WOHLstand der Bevölkerung ist oberstes Wirtschafts- und Gesellschaftsziel

(1) WOHLfühlen, Gesundheit, Langlebigkeit und WOHLstand müssen, wo immer möglich, gemessen werden und zur Lenkung aller Gesellschaftsteile hin zum GUTES-TUN eingesetzt werden. Diesbezügliche Informationen und alle anderen dürfen und werden zukünftig ausschließlich zur Steigerung des GemeinWOHLs der Bevölkerung verwendet werden, für nichts anderes.

(2) Nur durch besonnenes Schützen, Pflegen und Bewahren der Natur lässt sich WOHLfühlen, Gesundheit und Langlebigkeit der Menschen steigern, also wird auf die in Absatz (1) genannte Weise für die Natur ausreichend gesorgt werden durch alle Wirtschafts- und Gesellschaftsteile.

(1) Bei allen ökonomischen Aktivitäten hat das Schutzbedürfnis der Bevölkerung, ihres WOHLfühlers, ihrer Gesundheit, Langlebigkeit und ihres WOHLstandes einen absoluten Vorrang. Wer diesbezügliche Schäden verursacht, wird für sein Handeln durch Reduktion der zukünftigen "VERDIENSTZUSCHÜSSE" sanktioniert, sodass danach dem Gemeinwohl bestmöglich gedient werden muss und wird.

(2) Wer Schäden an den Kunden, Mitarbeitern und Anwohnern verursacht, wird für sein Handeln durch Reduktion der zukünftigen Verdienstsuschüsse zur Verantwortung gezogen. Zur Maßgabe des Gemeinwohls werden die Gemeinwohl-Systematik der Gemeinwohl-orientierten Wirtschafts-Ordnung nach den www.NextScientistsForFuture.de GWO und die GWÖ-Gemeinwohl-Matrix der Gemeinwohloökonomie nach Christian Felber oder Ähnliches verwendet.

(1) Orientierung am Gemeinwohl bedeutet, die Gestaltung eines Gemeinwesens darauf auszurichten, dass es Gesundheit, Langlebigkeit und WOHL-Fühlen der Bevölkerung verbessert. Und dass das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Handeln innerhalb des Gemeinwesens und nach außen hin durch dieses Ziel bestimmt wird.

(2) Bei genehmigungspflichtigen Aktivitäten steht das Gemeinwohl grundsätzlich im Vorrang bei der Frage, ob eine Genehmigung erteilt werden kann. Bei Schädigungen des Gemeinwohls gilt das Verursacherprinzip, die diesbezüglichen Verdienstsuschüsse werden verkleinert.

Die Fähigkeit zum freien und selbstständigen Denken und zur umfassenden Entwicklung des kreativen Potentials soll im Vordergrund der Bildungsvermittlung stehen. Dabei kommt es darauf an, das natürliche, situative Lernen mit Bezug auf praktische Lebens- und Arbeitszusammenhänge umzusetzen. Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein sind besonders zu fördern. Und da ein so umfassend entwickelter Mensch bei allen Arbeitgebern sehr gefragt ist und höchste Gehälter erhält, können wir alle pädagogisch für einen Absolventen zuständigen Personen belohnen gemäß der gezahlten Steuern, Abgaben usw. der jungen Menschen ab dem Berufseintritt. Die dafür notwendigen hochkomplizierten Berechnungen (Jedes Kind hat viele Lehrer, jeder Lehrer viele Schüler) werden durch Top-Experten unterstützt.

Die Wissenschaft, Forschung und Lehre unterliegen den ethischen Maßstäben der Gesellschaft und sind verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Der Bund und die Länder müssen die – u.a. wirtschaftliche – Unabhängigkeit von Wissenschaft, Forschung und Lehre gewährleisten. Damit das alles sicher gewährleistet wird, werden die Forschungsergebnisse der einzelnen Wissenschaftler in der Region angewandt, und nur so weit, wie dies Gesundheit, Langlebigkeit, Wohlfühlen und Wohlstand verbessert, werden Verdienstzuschüsse ausgeschüttet. Die Karriere jedes schädlichen Wissenschaftlers wird so zuverlässig beendet.

(Derzeit wird diskutiert, ob wir wirklich so komplexe Umgestaltungen brauchen wie unten beschrieben oder ob die Einführung der Wohlfühlstimme als basisdemokratischer Dauer-Volksentscheid Journalismus und Politiker ausreichend lenken würde hin zum Gutes-Tun-FÜR-die-Wähler/innen)

Medienreform

ARD und ZDF werden sofort werbefrei und steuerfinanziert. Neue Werbekunden-kritische Journalisten werden angestellt und bekommen 50% der Stimm-Macht. Zukünftig werden also in jeder Sendung Experten gleich lange gehört, die beide Seiten bzw. alle Seiten an Meinungen und Argumenten vertreten. Keine einseitige Berichterstattung mehr! Man denke als Positiv-Beispiel an die arte-Dokumentation "Profiteure der Angst." Sofortiger Stopp aller Gelder mit Bestechungs-Wirkung, allein der Staat finanziert die Sender, allerdings ohne politische Aufsichtsräte, sondern nur die Förderung von Wohlfühlen, Gesundheit, Langlebigkeit und Wohlstand bei den Zuschauern wird gemessen und entscheidet über das zukünftige Schicksal der Sender. Alles muss messbaren Nutzen bringen.

Es wird eine Einheit eingefordert aus Wissenschaft und Journalismus, da beide ja gleichermaßen nützliche Wahrheiten für die Nutzer beschaffen sollen. Stichwort: Wissenschaftsjournalismus bzw. Wissenschaftsmedien! Wissenschaft und Journalismus langfristig als EIN System.

Anfangs sollen ARD a und ARD b und ZDF pro Tag jeweils eine Talkshow DEMOKRATIE PUR-Freie-Argumente-Plattform als Übung für die Vorwahlen-Mini-Volksentscheide live produzieren mit Wahlvorgängen durch die Zuschauer. Eine morgens, eine nachmittags, eine abends, um allen Schichtarbeitenden ein Mitwählen möglich zu machen. Der Bundeswahlleiter entsendet 6 oder 9 Experten mit Reformvorschlägen in der Reihenfolge der Anmeldung. Ohne jegliche Zensur. Dann wählen die Zuschauer mehrfach, bis ein Gewinner feststeht.

Der Sender mit dem geringsten Nutzen für seine Zuschauer verliert seinen Auftrag an einen neuen Sender, so dass ein offener Wettbewerb entsteht: Welcher Sender ist am nützlichsten für seine Zuschauer?

Nicht mehr Konzerne regieren Deutschland, sondern die Wähler*innen durch z.B. ca. alle 3 Monate ein Volksentscheid, Vorwahlen-Mini-Volksentscheide (auf die täglich 3 DEMOKRATIE PUR-Freie-Argumente-Plattform-Talkshows vorbereiten) und Wohlfühlstimmen als die neuen Wahlstimmen. In den geheimen Wahlen der Vorwahlen schlagen die Wähler zusätzlich auch die Themenbereiche des nächsten Volksentscheides geheim vor und dann wählen die Wähler auch zusätzlich die Themen der nächsten Volksentscheide. Nach ca. 3 Monaten findet dann nach ausführlicher öffentlicher Diskussion der nächste Volksentscheid statt.

Das Ergebnis der Volksabstimmung ist für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung verpflichtend und innerhalb von 6 Wochen ohne Änderungen umzusetzen.

Das ist effizienter und zeitsparender als andere Techniken bezüglich Bürgerentscheiden, Bürgerräten, Bürgerversammlungen und Bürgerparlamenten.

Alle basisdemokratischen Machtbegrenzungs-Kettenglieder können zur Sicherheit in der Verfassung verankert werden und als Ergänzung oder Alternative zur Wohlfühlstimme nach Wunsch der Wähler*innen eingesetzt werden:

- Wohlfühlstimme -> Ende des Lobbyismus und der meisten aller Probleme durch Teilnahme an diesem basisdemokratischen Dauer-Volksentscheid mit einem Zeitaufwand von nur 5 Minuten je Vierteljahr, je nach Häufigkeit der eigenen Veränderungs-Mitteilungen an den Bundeswahlleiter. Falls diese neue Wahlstimme nicht gewünscht sein sollte oder als, wenn auch zeitaufwändigere und kostenintensivere Ergänzungen bzw. Mehrfach-Absicherungen könnten dienen:
- Volksentscheid-Wahlprogramme und Volksentscheide (Zur Not entscheidbar durch REPRÄSENTATIVE WÄHLERSTICHPROBEN, vom Bundeswahlleiter zusammengestellt?)
- Vorwahlen-Mini-Volksentscheide -> Neuwahlen nach z. B. 1 Jahr. Hochwählen von neuen Reformern, die z.B. Ministerpräsidenten werden möchten, und Themenfestlegung für große Volksentscheide und eventuell Entscheiden von Volksentscheiden (= Entscheidung durch REPRÄSENTATIVE WÄHLERSTICHPROBEN, vom Bundeswahlleiter zusammengestellt?)
- Medienreform, werbefrei, 50% Stimmrecht für neue Mitarbeiter mit Gegenmeinungen -> immer 50% der Redezeiten für die Gegenseiten. Vor-, Nachmittags- und Abend-Sendungen:
Übungs-Vorwahlen-Mini-Volksentscheide

- Eil-Entscheidungen auf Basis von simulierten, geheimen Volksentscheiden (Zur Not entscheidbar durch REPRÄSENTATIVE WÄHLERSTICHPROBEN, vom Bundeswahlleiter zusammengestellt?)
- Reform der 5%-Hürde. Keine Stimme geht mehr verloren, wird bei Nicht-Erreichen der 5%-Hürde einer festgelegten Partei zugerechnet oder aber abgezogen (muss noch zu Ende diskutiert werden).
- Nach Entscheidung vieler Volksentscheide durch Repräsentative Wählerstichproben könnte ein großer Volksentscheid sinnvoll sein, bei welchen Volksentscheiden die Wählerinnen das Ergebnis anzweifeln und auf einem neuerlichen, diesmal aber großen Volksentscheid bestehen.

Repräsentative Wählerstichproben könnten Aufwand-einsparend über Vieles konsensieren

Institute, die man zur Not beauftragen kann bezüglich REPRÄSENTATIVEN WÄHLERSTICHPROBEN:

Die größten Marktforschungsinstitute:

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK SE)

TNS Infratest.

ACNielsen.

Ipsos.

Maritz Research.

Psyma Group AG.

Die größten Wahl- und Meinungsforschungsinstitute:

Forschungsgruppe Wahlen (FGW)

Institut für Demoskopie Allensbach

FORSA

TNS EMNID

INFAS

Infratest DIMAP

(Link zu einigen Instituten:)

<https://www.dw.com/de/meinungsforschungsinstitute-in-deutschland/a-1645852>

Die Next Scientists For Future vom Weltrat mit ihrer GWO Gemeinwohlorientierten Wirtschafts-Ordnung hatten ein Sonderangebot gemacht für den Fall, dass z.B. ein Volksentscheid das Ergebnis erbringen würde, dass das Klimaproblem ein echtes Problem für Deutschland sei. ODER für den Fall, dass Fridays For Future und Scientists For Future oder XR mit der GWO Gemeinwohlorientierten Wirtschafts-Ordnung der NextScientistsForFuture.de kooperieren würden: Die GWO verwendet das erzeugbare Wirtschaftswunder für ein klimaneutrales Deutschland, und verhilft den anderen Staaten einzig dann ebenfalls zu dem gewünschten Wirtschaftswunder, wenn sie sich zur gleichen Klimaneutralitäts-Entwicklung verpflichten wie Deutschland. Innerhalb kürzester Zeit wäre dann alle Staaten der Erde klimaneutral. Artikel über dieses Sonderangebot der Next Scientists For Future an Fridays For Future und Scientists For Future und die ganze Klima-Szene und die dafür anberaumte Konferenz, für die Fridays For Future absagten(!!!):

<https://www.presetext.com/news/holen-greta-thunberg-und-die-4futures-die-gewuenschten-900-milliarden-fuers-klima-am-18-19-5-ab-oder-verfallen-diese-.html>

<http://www.mycity24.at/2019/05/holen-greta-thunberg-und-die-4futures-die-gewuenschten-900-milliarden-fuers-klima-am-18-19-5-ab-oder-verfallen-diese/>

Bleibt es bei der Absage gegenüber diesem Angebot der NextScientists, gilt:

Den Club der Willigen müssen die ärmeren Länder vorschlagen, damit die USA in die Logik hineinkommt: ja, wenn alle Länder den gleichen Preis bezahlen für ihre Luftschadstoff-Emissionen dann bleiben wir führend. So werden USA, China und Europa nicht abgehängt!

Nobelpreisträger William Nordhouse schlägt vor einen weltweiten Luftschadstoff-Emissionshandel zu etablieren: Es muss ein Club der Willigen entstehen bestehend aus USA, China, Europa als Anfangsnationen. Nur, wer dem Club der Willigen beitrifft, darf in ihn hinein noch importieren. Wir müssen einen hohen Preis für alle Luftschadstoffe erheben. Das wollen bestimmt einige Länder nicht! Also verzichten sie, wird befürchtet, lieber auf den Handel mit USA, China, Europa und minimieren nicht ihre Luftschadstoff-Emissionen! Das könnte dann zur Erhöhung der weltweiten Emissionen führen, da die fossilen Staaten aus Angst vor dem Ende des Geschäftes mit fossilen Energien mehr fördern werden und billiger verkaufen werden, was die Emissionen erhöhen könnte, statt sie zu senken. Prof. Hans-Werner Sinn geht sogar so weit, dass er befürchtet, dass Fridays For Future und Scientists For Future genau diese Wirkung erzielt haben: Einen erhöhten CO₂-Ausstoß, verdeckt hinter dem Corona-Effekt, der ja den CO₂-Ausstoß künstlich reduziert hat. Vermutlich hat die deutsche Kohleindustrie wegen der Bedrohung durch Fridays For Future ihre Kohleförderung und Kohleverbrennung drastisch gesteigert, bevor sie durch Verbote ihres Geschäftsmodells beraubt wird. Und vermutlich verhält sich die weltweite fossile Industrie ähnlich CO₂-steigernd wegen einer möglichen Wirkung von Greta Thunberg auf die Politik.

Die naturwissenschaftliche Denkmöglichkeit, dass die glücklichste Lebensform

(Ur-) Matriarchales Pazifistisches Bonobo-Schenker-Kommunen-Leben

sein könnte statt eines Lebens als

unglücklicher, einsamer, kaufsüchtiger, konsumsüchtiger, shoppingsüchtiger,

Zigaretten-Alkohol-Süssigkeiten-Fastfood-Medikamenten-süchtiger Single,

darf nicht mehr unterdrückt werden, sondern muss offen diskutiert werden bezüglich der paläobiologischen bzw. paläoanthropologischen Hinweise für eine entsprechende menschliche Genetik. Hausarzt-(Ersatz-)Teams dürfen Experimente in diese Richtung vorschlagen als Mittel zur Verbesserung von Gesundheit, Langlebigkeit und Wohlfühlen ihrer Kunden.

Medizin, Impfindustrie, Pharma-, Test-, Maskenindustrie usw. wollen uns einreden, dass sie unser Heil sind! Aber wie ist es wirklich? Früher war nicht alles schlechter, sondern umgekehrt - heute geht es uns schlechter! Die Einsamkeit nimmt zu mit allen schrecklichen Folgen. Heute herrscht ein grausamer patriarchaler Raubtierkapitalismus! Vor 100.000 Jahren ging es uns mit der matriarchalen Lebensweise wesentlich besser! Alle blieben in den Clans/Kommunen der Mütter, die Männer halfen als Mütterbrüder mit bei den Kindern als gute Onkels und die Männer praktizierten die Besuchsehe mit Frauen der umliegenden Kommunen. Und vor 400 000 Jahren ging es uns noch viel besser mit der ur-matriarchalen Lebensweise, bei der die Töchter die Kommunen verließen und sich in die umliegenden Kommunen einliebten!

Matriarchatsforschung kann uns helfen zu verstehen, dass wir eventuell zurück sollten zu matriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft. Zumindest wäre das eine wichtige Diskussion. Und vielleicht wären auch alle Linken begeistert, dass endlich ihr Wunsch nach Kommunismus teilerfüllt wird durch den einzigen real möglichen Kommunismus, einen fairen WETTBEWERBS-KOMMUNISMUS oder LEISTUNGS-KOMMUNISMUS und diesbezügliche gesunde planwirtschaftliche Teilelemente = GWG GemeinWohlGesellschaft. Dies hat zweimal funktioniert: Bewiesenermaßen (sogar heute noch) im (Ur-) Matriarchalen Pazifistischen Bonobo-Schenker-Kommunismus eben der Bonobos (*pan paniscus*) und höchstwahrscheinlich beim späten *homo erectus*, also bei unseren "Ur-Großeltern".

.....

Im Folgenden einige Sätze, die Anregungen geben können für die weitere Diskussion zum Wahlprogramm:

Gesundheits-Reform:

Unser Arzt soll zehn-fach besser werden

Ärzte entlasten von jeglicher Bürokratie

Erstmals echter marktwirtschaftlicher Wettbewerb im Gesundheits-Wesen

Zukünftig die höchsten Honorare für denjenigen Haus-Arzt und "Kinder-Haus-Arzt", der effektiv hilft, gesünder zu leben, gemessen an den Wohlfühl-Stimmen, Gesundheits-Aufwand-Daten und Steuerleistungs-Daten seiner Versicherten

Prämien für Versicherte, auch Kinder, die zumindest nicht schlimmer krank werden

Gesundheits-Aufwand-Erwartungs-Kurven für die Honorar-Ermittlung aller Ärzte - oder ähnliche Systeme

Ein Gesundheits-System reicht!

Die Wirkung aller Gesundheits-Anbieter muss objektiv gemessen werden durch das neue System

Hausärzte beschäftigen Ernährungs- und Fasten-Spezialisten, Psychologen, Psychotherapeuten, Sport- und Bewegungs-Therapeuten, Physio-Therapeuten und sonstige, auch alternative Präventions-Spezialisten wie z.B. Heilpraktiker, Spezialisten für Yoga, Tai Chi, Meditation, Progressive Muskel-Relaxation, Autogenes Training usw. usf.

Schluß mit dem Wildwuchs im Gesundheits-Bereich

Jeder bekommt seine Chance, aber alles Schädigende muss weggefiltert werden durch objektive Wirkungs-Messung

Zusammenführung in ein einziges Gesundheits-System, das offen ist für alle Gesundheits-Förderer aller Art

Wer als Hausarzt hoch platziert in den Ranglisten sein will, sollte mit den besten auch nicht-ärztlichen Präventions-Spezialisten kooperieren, da er sich meist nicht schnell genug umfassend genug weiterbilden kann in allen Bereichen

Je klüger der Hausarzt seine Kooperations-Partner zusammenstellt, desto besser seine Position in der Rangliste, und desto mehr Versicherte wollen zu seinem Team wechseln

Versicherte, die der Hausarzt durch die Einladung zu seinen attraktiven Freizeit-Spaß bedeutenden Gesundheits-Kursen nicht erreicht, kann er versuchen, mit Hausbesuchen zu erreichen und so doch noch für einen gesünderen Lebens-Stil zu faszinieren

Der Neue RAT steht für TV-Sendungen über Gesundheits-Wissen für die Bevölkerung und zur Weiterbildung aller Fachleute zur Verfügung

Hausärzte und ihre Kooperations-Partner regen gesündere Lebensformen, Wohnformen usw. bei ihren Versicherten an und begleiten sie bei deren Erprobung

Falls noch viele alternative Gesundheits-Spezialisten übrig bleiben sollten, dürfen sie Hausarzt-Ersatz-Praxen bilden und werden auch von den Gesundheits-Versicherungen honoriert, damit auch ihre Gesundheits-Förderungs-Leistung objektiv gemessen werden kann und sie in den Ranglisten geführt werden können und Schädigendes verschwindet, weil alle Versicherten weg wollen von den Letzten der Ranglisten

Gesunde Ernährung:

Gastronomen als Partner der Lebensmittel-Ketten

Lebensmittel-Händler und Gastronomen als Partner der Gesundheits-Versicherungen

Höhere Gewinne im Lebensmittel-Handel durch bessere Gesundheits-Aufwand-Daten, Steuerleistungen und Wohlfühl-Stimmen der Kunden

Prozent-Anteile eingesparter Operationsaufwand an Lebensmittel-Lieferanten plus mehr Umsatz durch Neukunden aufgrund einer guten Ranglisten-Position in der Rangliste aller Lebensmittel-Händler jedes Stadtviertels?

Restaurant Gewächs-Haus?

Was gesund macht, wird häufiger angebaut: Züchtung in Gewächshäusern (auch der alten Sorten) gemäß der Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Kunden

Gesundes Wasser:

Belohnungen für Wasserwerker gemäß Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Belieferten

Gesundes Wohnen, Bauen und Architektur:

Energiesparendes Wohnen in Häusern in Gewächshäusern?

Belohnungen für Gesundes Bauen und ungiftige Wasser-Rohre!

Wohnungs-Bau in die Gesundheits-Verbünde hineinziehen?

Wohlfühl-Stimmen, Steuerleistungen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Bewohner entscheiden über die Gewinne der Wohnungs-Bauer

Recht auf Wohnen

Umwelt-Schutz, Umwelt-Reparatur, gesunde Unternehmen, gesunde Umwelt:

Alle Gewinne werden abhängig gemacht von den Wohlfühlstimmen, Gesundheits-Aufwand-Daten und Steuerleistungen aller durch ein Unternehmen irgendwie Betroffenen

Mehr Konzern-Gewinn durch Entgiftung der Umwelt der Kunden, Anwohner und Mitarbeiter, weil Gifte usw. sich auch negativ auf Wohlfühl-Stimmen, Steuerleistungen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Kunden, Anwohner und auch der Mitarbeiter auswirken

Betriebliche Gesundheitsförderung, (Private) (Betriebs-) Gesundheitskasse nach chinesischem Prinzip und viele weitere Verbesserungs-Konzepte für Unternehmen

Konzerne werden Umwelt-Reiniger und Umwelt-Entgifter wegen der Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten ihrer Kunden, Anwohner und Mitarbeiter

Konzerne entfernen wegen der Wohlfühl-Stimmen usw. auch diejenigen hormonell wirksamen Substanzen aus dem Lebens-Umfeld ihrer Kunden und Mitarbeiter, die übergewichtig, zucker-krank,

Intelligenz-gemindert und z.B. Frauen unerwünschterweise größer machen.

Energiesparendes Wohnen in Häusern in Gewächshäusern und Diskussion der gesundheitlichen Folgen des übermäßigen Konsums tierischer Produkte

Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten werden dazu führen, dass die Lebensmittel-Konzerne vom übermäßigen Konsum von tierischen Produkten abraten auch in entsprechenden Werbespots

Automobil-Konzerne als Partner der Gesundheits-Verbände

Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Kunden, Anwohner und Mitarbeiter, aber auch der Abgas-Betroffenen bestimmen über die Gewinne mit

Auto-Marken-bezogene Durchfahrts-Daten werden in von Fahr-Verboten bedrohten Strassen erhoben. Marke zahlt je nach Luft-Verschmutzungs-Beitrag

Diebstahl-Schutz-Funksignal, das gleichzeitig Marken-Namen sendet?

Gewinne schadstoff-, lärm-, strahlung- usw. emittierender Betriebe, Installationen, Verkehrs-Betriebe, Flughäfen und Kraftwerke abhängig machen von Gesundheits-Aufwand-Daten, Steuerleistungen und Wohlfühl-Stimmen der Anwohner und Mitarbeiter

Mobbing beenden auch durch Ranglisten und Vergleichbarkeiten, Tandemsysteme in Unternehmen

Belohnungen für Behördenhilfe bei Betriebs-Gründung

Hohe Strafen für Steuer-Vermeidung?

Ein paar sachliche Worte zum Klima: Von eventuell Schnellball Erde über Eiszeiten bis Warmzeiten scheint die Erde klimatisch herumzupendeln. Dies erfordert eine vorsichtige Nachdenklichkeit. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Menschheit gemeinschaftliche Anstrengungen unternehmen muss, falls tatsächlich ein Schneeball Erde oder eine übermäßige Warmzeit anstehen sollte. Wahrscheinlich werden die vorgeschlagenen Reformen schon die meisten Probleme lösen.

Renten- und Bevölkerungs-Politik:

Vorgezogene ((Ur-)Groß-) Mütter-Renten gemäß der Steuerleistungen ihrer Kinder und (Ur-) Enkel

Renten-Zuschlag für Frauen gemäß Steuerleistung der Kinder und (Ur-) Enkel

Mehr Fachkräfte durch neue Möglichkeiten, Kind und Karriere zu verbinden

Steuerbefreiung aller Mütter, vom Staat finanzierte Betriebs-Kinder-Gärten, Kinder-Sekretär/innen und Ausgleichs-Zahlungen an Arbeitgeber (für etwaiges Abgelenkt-Sein)

Neues Ziel: allmähliche Abnahme der Bevölkerung bis auf ein gesundes Maß

Böden- und Grund-Wasser-Entgiftung und echten Bio-Anbau auch durch Gesundschumpfen der Bevölkerung unterstützen?

Empfehlung an die anderen Staaten: Beraten lassen und auch Bevölkerung ganz allmählich schrumpfen lassen auf gesundes Maß

Überbevölkerung ist eine Zivilisations-Krankheit, die geheilt werden muß

Gerechtigkeit für alle:

Rechtsschutz-Versicherung für alle mit Haus-Anwalts-System - Honorar-System analog
Gesundheits-Reform

Weltfrieden und Abrüstung:

Mehr Gewinn für die bisherigen Rüstungs -, zukünftigen Friedens-Sicherungs-Konzerne bei Abnahme der
Zahl der Toten und Verwundeten

Nicht-angriffs-geeignete Raketen-Abwehr-Gürtel entlang der Landes-Grenzen

Schulen und Hochschulen im Dienste der Bevölkerung:

Ganz generell: Die Fähigsten wieder ins Lehren, in die Politik (Staats-Management) und in
Unternehmens-Management locken. Entsprechend hohe Prämien. In Politik erhöhtes Gehalt möglich
gemäß Durchschnitts-Gehalt der letzten 4 Jahre.

Prämien für Lehrkräfte gemäß der Steuerzahlungen der ehemaligen Lernenden

Ranglisten überall, auch für Lehrende gemäß Steuer-Leistungen der Unterrichteten und

Zwischen-Test-Kette zwecks Beurteilung auch der KiTa-Mitarbeiter/innen

Faire Ranglisten-Erstellung, z.B. werden Lehrer an Brennpunkt-Hauptschulen usw. nur mit Lehrern an Brennpunkt-Hauptschulen usw. verglichen, und wer dort wirksame Arbeit macht, kann ähnlich viel verdienen wie ein Gymnasial-Lehrer, der in seinem Bereich wirksame Arbeit macht

Prämien an für bestimmte Regionen zuständige Hochschul-Forscher bei Verbesserung der Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten in der Region durch ihre angewandten Forschungs-Ergebnisse

Bürokratie gesund schrumpfen, Wirtschaft stärken:

Die Zukunft Deutschlands und Europas wird in der Wirtschaft entschieden, nicht in den Behörden

Belohnungen für jeden Bürokratie-vereinfachenden und Behörden-verkleinernden Vorschlag

Belohnungen für Vorschläge zur Vereinfachung des Steuer-Systems

Durch Belohnungs-Systeme Gesund-Schrumpfen oder Unnötig-Machen von Behörden

Entsenden von Beamten in die Wirtschaft

Mehr Fachkräfte durch: Raus aus den Behörden, rein in die Betriebe

Prämien für Jobcenter-Mitarbeiter für jede untergebrachte Person, solange, wie die Tätigkeit erfolgreich

weiter läuft. Neuer Name: Agentur für Vollbeschäftigung, Arbeitsplatz-Wechsel und Entschädigung, niemand wird mehr alleine gelassen, sofortige Hilfe oder sofortige Einstellung innerhalb der Agentur.

Prämien für Sozialarbeiter für jede dauerhaft im normalen Leben untergebrachte Person

Jeder soll arbeiten gemäß seiner Möglichkeiten

Kopplung der Belohnungen aller Sozial-Profis an Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Gesamt-Bevölkerung?

Wohnungs-Amt einzige wachsende Behörde wegen Recht auf Wohnung?

Freies Wohnen für die, die es brauchen

Ganz generell sollen die Reformen Evolutions-Prozesse in Richtung der idealen liebevollen, sozialen, menschlichen Lebensweise herstellen, innerhalb derer es weder Kriminalität noch Obdachlosigkeit noch Arbeitslosigkeit gibt. Aber bis es soweit ist, bis die Reformen voll greifen und die ausgelösten Evolutionsprozesse am Ziel sind, ist eine ausreichende Ordnung der Verhältnisse nötig:

Ein Sozial-System reicht:

Durch Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten werden die Konzerne interessiert an der Verhinderung leidvoller Armut-Ausmaße

Nachdem all die eindeutig notwendigen Reformen durchgeführt sein werden, wird sich danach auch bei den dann völlig veränderten Bedingungen immer noch die Frage stellen: Führt mehr Druck und Härte zu

mehr Arbeits-Bereitschaft für die Gemeinschaft oder das Hereinholen und Aufwerten durch ein Grundeinkommen tatsächlich messbar zu mehr Arbeitsbereitschaft? Deshalb wird die Frage sein: Geringeres, am tatsächlichen Mindestbedarf orientiertes Arbeitslosengeld und viel mehr Härte oder kleines bürokratie-einsparendes Grundeinkommen nur für gesundes Essen, Kranken-, Pflege- und Rechtsschutz-Versicherung?

Positive Anreize sollen gesetzt werden für die Schaffung eines möglichst hohen Prozentsatzes an Arbeitenden im Zuständigkeitsbezirk der Mitarbeiter des zukünftigen Amtes für Arbeit, Vollbeschäftigung und Wirtschaftsförderung. Je höher der Prozentsatz der Arbeitenden in meinem Bezirk ansteigt, desto größer die Belohnungen für mich als Job-Center-Mitarbeiter/in. Die Verwöhnung als Mittel des Festhaltens von Kunden in der Langzeit-Arbeitslosigkeit soll weiter reduziert werden, allerdings erst ganz zum Schluß, nachdem alle anderen Reform-Konzepte durchgeführt sind. Dann, wenn praktisch fast niemand mehr arbeitslos oder obdachlos ist, Hartz 4 (oder auch ein eventuelles BGE Bedingungsloses Grundeinkommen) schrittweise reduzieren nach und nach bis auf einen Satz von ca. 140 EUR, bewiesenermaßen ausreichend für gesunde Ernährung, Festnetz-Telefon/Internet-TV und Strom. Alle restlichen Kosten trägt der Staat, zuzüglich einer neuen Rechtsschutz-Versicherung für alle. Arbeitet man anfangs für einen sehr niedrigen Einstiegslohn, darf man davon alles behalten zusätzlich zu den Staatsgeldern, damit man sofort auch fürs Arbeiten belohnt wird. Mindestlöhne, Tariflöhne und Gewerkschaften sofort abschaffen, weil sie bewiesenermaßen Erzeuger von Massenarbeitslosigkeit sind. Sozial ist, was Arbeit schafft, nicht, was Massenarbeitslosigkeit schafft.

Alles in der Schule (Ausflüge, Essen usw.) soll ohne Eltern-Beteiligung von der Schule finanziert werden. Kostenloses Schul-Essen wird beim Grund-Einkommen für Kinder abgezogen

Hartz IV ist zu hoch (abgesehen vielleicht von allein-erziehenden Müttern?), hält Menschen auf dem Abstell-Gleis fest, finanziert Alkohol-, Zigaretten- und Drogen-Sucht, anstatt sie zu heilen?

Einsparen von Gewerkschaften und Mindest-Lohn-Hickhack, weil wir keine mehrfachen Sozial-Systeme brauchen und weil Gewerkschafts-Tarif- und Mindestlöhne nur neue Massen an Dauerarbeitslosen erzeugen?

Einsparung von Kinder-, Eltern-, Betreuungs-, Wohn-Geld und Kinder-Frei-Beträgen für Männer? Und allen anderen diesbezüglichen Leistungen?

Arbeitslosen-Versicherung einsparen? Wer unbedingt meint, ein zweites soziales Sicherungs-System zu brauchen, soll sich privat versichern

(Mehr dazu unter dem Abschnitt Diverses)

Diverses zur Diskussion:

20 Jahre dichtes Dach kaufen bei der Versicherung - Handwerker können nicht mehr tricksen, weil im Auftrag der Versicherung tätig und von ihr statistisch beurteilt

100 000 sorgenfreie Fahrt-Kilometer, 1000 sorgenfreie Waschmaschinen-Stunden inklusive Prämien für gutes Behandeln kaufen bei der Versicherung statt Kaufen von Auto und Waschmaschine

United States of Europe erst, wenn alle Kanzler gemäß der Wohlfühlstimmen und Gesundheits-Aufwand-Daten ihrer Wählerinnen belohnt werden. Bis dahin: Deutsche Landesregierungen als Kanzler belohnen. Sobald United States of Europe sinnvoll, gilt:

Englisch als zusammen schweissende Sprache der United States of (Northern and Southern?) Europe
USE, USNE, USSE?

NEuro und SEuro - Northern Euro und Southern Euro?

Einsparen der Verbraucher-Schutz-Organisationen, weil das ganze neue System Verbraucher-Schutz darstellt?

Entwicklungs-Hilfe ersetzen durch Beratung über richtigen Staats-Aufbau?

Öffentlich-rechtliche Medien völlig werbefrei machen und gesund-schrumpfen

3 konkurrierende Warentest-Kataloge für alle plus Abwahl des Erstellers des unwahrsten Kataloges? Parallel zum Telefon-Buch? Zusätzlich zu all den Ranglisten?

Schluss mit dem Gerede vom gleichen Lohn für Männer und Frauen? Betriebe können nur zahlen gemäß der Risiken für den Betrieb (z.B. Ausfall durch Schwangerschaft) und gemäß des Wertes der Arbeit. Wenn, dann müsste der Staat das Gehalt der Frauen aufstocken oder grundsätzlich Frauen geringer besteuern, ganz besonders Mütter.

Neues System erzeugt neues echtes Wirtschafts-Wunder. Können wir uns dadurch eine vorsichtige allmähliche weitere Reduktion der täglichen Arbeits-Zeit gönnen?

Ganz generell sollen die Reformen Evolutions-Prozesse in Richtung der idealen liebevollen, sozialen, menschlichen Lebensweise herstellen, innerhalb derer es weder Kriminalität noch Obdachlosigkeit noch Arbeitslosigkeit gibt. Aber bis es soweit ist, bis die Reformen voll greifen und die ausgelösten Evolutionsprozesse am Ziel sind, ist eine ausreichende Ordnung der Verhältnisse nötig:

Nachdenken über bessere Anreize im Sozial-Bereich:

Wobei die Frage völlig ungeklärt ist, ob ein (sparsames) Bedingungsloses Grund-Einkommen generell Fehl-Anreize setzt, Faulheit belohnt oder aktives Mitwirken in der Gesellschaft tatsächlich anregt.

Nachdem all die eindeutig notwendigen Reformen durchgeführt sein werden, wird sich danach auch bei den dann völlig veränderten Bedingungen immer noch die Frage stellen: Führt mehr Druck und Härte zu mehr Arbeits-Bereitschaft für die Gemeinschaft oder das Hereinholen und Aufwerten durch ein Grundeinkommen tatsächlich messbar zu mehr Arbeitsbereitschaft? Deshalb wird die Frage sein: Geringeres, am tatsächlichen Mindestbedarf orientiertes Arbeitslosengeld und viel mehr Härte oder kleines bürokratie-einsparendes Grundeinkommen nur für gesundes Essen, Kranken-, Pflege- und Rechtsschutz-Versicherung?

Bei den vorgeschlagenen und aktiven Weisen findet sich die ganze Bandbreite der Sozialstaats-Modelle, was eine hoch-differenzierte Diskussion verspricht. Von "Kein GE=Grund-Einkommen wegen der Sorge, eventuell Fehl-Anreize zu setzen" bis zu den 1250 € schon ab Geburt von Prof. Dr. Spyridon Paraskewopoulos

Dazwischen liegen solche Sozialstaats-Modelle wie z.B.:

Vorläufiges Diskussions-Papier Sozialstaats-Modell 4:

Zum Zwecke der Stärkung der Wirtschaft Entsendung so vieler Behörden-Mitarbeiter wie möglich in die Wirtschaft. Um diese Mitarbeiter frei zu bekommen, ein GE von etlichen hundert Euro, das automatisch an alle und an ihre Kranken- und Pflege- (und eventuell neu:) Rechts-Schutz-Versicherungen überwiesen wird plus neu: Freies Wohnen für die, die es brauchen.

1. Das GE gibt den Menschen ihre Würde wieder zurück, niemand muss Bittsteller oder Bettler sein, niemand muss seine Arbeits-Kraft vergeuden für nervige Behörden-Gänge, jeder kann stattdessen in der zukünftigen guten Gesellschaft mitarbeiten, sich engagieren usw.

2. Das GE gibt den Menschen entspanntes Urvertrauen, dass nichts passieren kann, das Geld zum Essen ist immer schon auf dem Konto und die Kranken- und Pflege-Versicherung ist schon bezahlt (und mein Haus-Anwalt kann mich schützen), - destruktive Ängste werden vermieden.

3. Da ein Recht auf sofortiges vollmöbliertes Wohnen in Zukunft vom Wohnungs-Amt hundertprozentig garantiert sein wird, erwächst auch diesbezüglich entspanntes Urvertrauen, das Leben spielt sich ab in

der Zone der kreativen konstruktiven Unsicherheit, ist ein sportlicher Wettbewerbs-Spaß frei von destruktiven Ängsten.

Kleiderkammern, frühere Tafeln, frühere Sozial-Kaufhäuser, frühere Behinderten-Werkstätten, frühere Obdachlosen-Einrichtungen usw. werden auf Staats-Kosten in attraktive, optisch neutrale Second-Hand-Shops und Firmen (für ehrenamtliches Arbeiten) umgewandelt, in denen für kleinstes Geld schickste Kleidung, Spielsachen, Schul-Bedarf erhältlich sind bzw. Spielsachen, Kleidung, Dinge, die das Wohnungs-Amt für Wohnungs-Einrichtungen benötigt usw. hergestellt bzw. repariert oder gereinigt werden (Betten usw.).

Beim Bezahlen legt man sein Kärtchen vor, das automatisch vom Finanz-Amt zugeschickt wird als Beleg darüber, dass man über keine oder nur kleine ZE= Zusatz-Einkommen verfügt.

Der Neuwaren-Markt darf davon nur so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

Niemand soll ohne Arbeit sein.

Arbeits-Agentur-Mitarbeiter und Sozial-Arbeiter erhalten fürstliche Prämien (zusätzlich zu einem kleinen Basis-Gehalt) für jeden Obdachlosen, Bettler, Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen usw., den sie buchstäblich an der Hand nehmen und dauerhaft in Wohnung plus ehrenamtlicher oder bezahlter Arbeit untergebracht haben, bei möglichst geringen diesbezüglichen Ausgaben. Wobei selbstverständlich das Unterbringen in bezahlter Arbeit eine höhere Prämie bedeutet, die auch davon abhängt, welches Gehalt der Arbeit-Geber nach der Probezeit zu bezahlen bereit ist und wie lange das Arbeitsverhältnis währt.

Falls ein Basis-Gehalt für Job-Center-Mitarbeiter rechtlich nicht möglich ist, helfen die neu eingeführten Mitarbeiter-Ranglisten und kleinere Prämien, die Mitarbeiter ganz anders als früher zu motivieren.

Jeden Morgen wird der Arbeitslose vom Mitarbeiter des Jobcenters abgeholt, der die Fahrscheine für die gemeinsame Fahrt zu potentiellen (ehrenamtlichen oder bezahlten) Stellen bezahlt. Dort wird völlig flexibel ausgehandelt, unter welchen Konditionen der Arbeitslose gleich oder morgen anfängt. Wenn gar nichts anderes hilft, bezahlt das Arbeits-Amt das Unternehmen dafür, dem Arbeits-Suchenden eine Chance zu geben. Am nächsten Morgen gleiches Vorgehen, und am Abend erhält der neue Mitarbeiter vom Betrieb das Fahrtgeld für die Heim-Fahrt und den nächsten Tag, egal ob ehrenamtliche Arbeit oder

unentgeltliche Probezeit oder bezahlte Arbeit.

So dürfte zu schaffen sein, dass jeder Mensch arbeitet. Ausnahmen könnten nachgewiesene Menschheits-dienliche Tätigkeiten oder das Arbeiten an Karrieren usw. zu Hause sein.

Bis alle Arbeitslosen, Obdachlosen, Bettler usw. vollständig in Arbeit sind, können die frei gewordenen Behörden-Mitarbeiter statt in die Wirtschaft vorübergehend in diese Aufgabe, in die sozial-arbeiterischen Tätigkeiten und das Wohnungs-Amt entsendet werden.

Einige der Weisen stehen für TV-Nahrungs-Zubereitungs-Sendungen zur Verfügung, die in verschiedensten Sprachen synchronisiert jeden Menschen erreichen und die verschiedene Stile aufzeigen, wie lange Babies gestillt werden sollten, wie Kinder ernährt werden sollten und wie Erwachsene sich gesund ernähren können und dafür allerhöchstens 140 E benötigen. Plus (nicht mehr Einkommens-bezogene, sondern pauschale und nicht mehr familien-bezogene) Versicherungs-Beiträge = GE ab 18 Jahren.

Je nach dem, wie hoch am Ende die pauschalen Versicherungs-Beiträge ausfallen und ob das Wohnungs-Amt kostenlos die Wohnung stellt, bedeutet das also in der Gesamt-Summe ein GE von etlichen hundert Euro.

(Aufgrund der unzähligen Fehl-Anreize in allen sozialen Bereichen machten Menschen automatisch die größten Karrieren, die dem Irrtum anhängen, man müsste mit so wenig Geld verhungern (statt dessen wird man damit kerngesund und schlank) oder man müsse eine soziale Teilhabe finanzieren. Denn dieser Irrtum führte automatisch zur Einstellung neuer Mitarbeiter, weil mit solchen Irrtümern Dauer-Kunden durch Verwöhnung verführt wurden zur Inaktivität, und damit letztlich ferngehalten wurden von echter gesellschaftlicher Teilhabe. Und dann wurden solche Irrtums-Träger zu Vorgesetzten der neuen Mitarbeiter, die das wachsende Heer der Ausgegrenzten zu verwalten hatten.

Und da bisher aufgrund der Fehl-Anreize extrem viel Betrugs-Bio existiert, ist das teurere Bio vermutlich noch keine wirklich gesündere Alternative. Und krankmachende Drogen aller Art von Alkohol, Zigaretten bis Geschmacks-Drogen zu bezahlen, darf nicht mehr Aufgabe eines gesunden Sozial-Staates sein.)

Kinder steigern die Lebens-Qualität und sollten von ZE finanziert werden.

Diskussions-Vorschläge zur Bevölkerungs-Politik: Die bisher oft völlig kinderlos bleibenden Professorinnen, Akademikerinnen, gut qualifizierten Frauen werden wie alle ZE-Bezieherinnen, sobald sie ein Baby bekommen, völlig steuer(- und abgaben-?)frei gestellt. Väter erhalten keine Steuer-Freibeträge. Das Kinder-Geld wird ersetzt durch das GE für Kinder.

Außerdem bietet der Staat den ZE-Bezieherinnen völlig kostenlos Kinder-Sekretär/innen zur Auswahl an, die am Arbeitsplatz mal das Baby betreuen, mal z.B. Diktate aufnehmen, mal im Betriebs-Kinder-Garten arbeiten usw.

Der Arbeitgeber bekommt vom Staat einen supermodernen Betriebs-Kinder-Garten eingerichtet und Ausgleichs-Zahlungen, weil die Mitarbeiterin ja manchmal durch ihr Kind etwas abgelenkt sein wird.

Der Arbeitgeber muss sich gut fühlen mit den vielen Müttern und Kindern im Betrieb, damit er nicht versucht, sie heraus zu mobben.

Weiter mit dem GE für Kinder:

Eine Staffelung wird erarbeitet, wie hoch das GE für Neugeborene bis 17-Jährige gestaffelt wird.

Einige Euros beim Baby, um den Nahrungs-Mehrbedarf der stillenden Mutter auszugleichen. Alle paar Jahre erfolgen automatische Erhöhungen in Richtung des GE für Erwachsene. Ist die Mutter verstorben oder ist bewiesen, dass sie nicht stillen kann, gilt eventuell eine andere Staffelung. Plus die automatische Überweisung der Versicherungs-Beiträge an die Versicherungen.

Schul-Ausflüge, Schul-Essen und ähnliche Dinge werden grundsätzlich durch die Schule finanziert. Eltern dürfen für Kinder keine Zusatz-Ausgaben mehr tätigen müssen.

Ein Recht auf eine vollmöblierte Wohnung (einschließlich Heiz-Kosten, Strom und Wasser (maximal bis x Euro pro Erwachsenem bzw. Kind je nach für die Wohnung erhobenen Erfahrungs-Werten, so dass die

Motivation zum Energie- und Wasser-Sparen voll wirksam wird, weil alles über den festgesetzten Werten selber bezahlt werden muss), Festnetz-Telefon, Fernseher oder vielleicht zukünftig Internet, das ja mittlerweile volle kostenlose TV-Nutzung erlaubt (?), Staubsauger, Dusche, WC, Spüle, Kühlschrank, Herd, Schrank, Bett plus Bettwäsche usw., Mindest-Bedarf an (Koch-) Geschirr, Heiz-System)

und die Pflicht zur Wohnung werden eingeführt, wobei alles, was das Wohnungs-Amt (zu-) gekauft hat, Staats-Eigentum bleibt.

Die Ranglisten-Positionen, Belohnungen usw. der Wohnungs-Amt-Mitarbeiter werden umso besser, je besser die Wohlfühl-Stimmen, Steuerleistungen und Gesundheits-Aufwand-Daten der Mieter und derer Nachbarn ausfallen und je kleiner die dafür entstandenen Kosten sind.

Alles, was menschen-unwürdig, einer Sozialen Gesellschaft nicht würdig ist und dem Tourismus schwer schadet, wird untersagt: Alle Tafeln und Formen des Foodsharings, jegliches Betteln und Annehmen von Spenden aller Art (auch alles moralisierende Spenden-Erpressen aller NGOs bzw. Spendensammel-Organisationen), Reingreifen in Müll-Behälter (nach Flaschen oder das "Containern"), wildes Kampieren, Hausen, Lagern, Schlafen im obdachlosen Kontext, belästigender Alkohol-Konsum, Obdach-Losigkeit (vielleicht sollte der Staat Gebiete zur Verfügung stellen für diejenigen, die völlig frei leben wollen, aber dann bitte ohne Belästigung und damit Einschränkung der Freiheit der anderen?), Obdachlosen-Zeitungen, jegliches Belästigen, belästigendes Ansprechen, Geruchs-Belästigung z.B. durch verkotete Kleidung (Messgerät), usw. Ein neuer Belästigungs-Paragraph mit strengen Strafen wird eingeführt.

Jeden Morgen sprechen Sozial-Arbeiter (und bei Bedarf Polizisten) alle an, die sich nicht an die neuen Gesetze halten, geben die Personalien an einen Zentral-Computer durch, begleiten sie zum Duschen und Neu-Einkleiden und führen sie Wohnungs-Amt und Arbeitsagentur zu. Beim zweiten Mal erfolgt die Straf-Anzeige.

Um Betrug und Mißbrauch durch Phantasie-Mieten, die sich Mieter und Vermieter teilen, auszuschließen, muss bedauerlicherweise das Wohnungs-Amt die Begutachtung und das Management (einschließlich der Mindest-Möblierung) des allereinfachsten Wohnraumes übernehmen und den Mietpreis in Absprache mit dem Vermieter festsetzen (unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Vermieter ja den Aufwand der Vermieter-Arbeit einspart und auch keinerlei Leerstands-Miet-Ausfall-Zeiten mehr zu befürchten hat, da ja das Wohnungs-Amt die Wohnung als zuverlässiger Dauer-Mieter übernimmt und selber untervermietet).

Ein Veto gegen Mieter kann der Vermieter nur einlegen, wenn es sich um Zimmer innerhalb seiner Wohnung handelt oder andere Konstellationen, wo ein sehr persönlicher Kontakt zum Vermieter entsteht.

Überall, wo der Staat bisher die Miete einer Einfachst-Wohnung bezahlt, übernimmt das Wohnungs-Amt sofort den Mietvertrag mit neu ausgehandelten Konditionen, siehe oben.

Hat das Wohnungs-Amt dennoch zu wenig Wohnungen zur Verfügung, werden ein paar weitere etwas bessere Wohnungen zusätzlich angemietet und auch als Sicherheits-Polster bereitgehalten. Damit realisiert das Wohnungs-Amt das neue Recht auf Wohnen und bietet einen 24-Stunden-Sofort-Service: Garantiert sofort einziehen.

Wohnungs-Suchende, die nur über das GE verfügen und nur winzige ZE erzielen, gehen (eventuell mit ihrem Kärtchen vom Finanzamt) zum Wohnungs-Amt, wo sie im Computer in allen Stadtvierteln und Regionen Zimmer bis Wohnungen, im Notfall Hotel-Zimmer, finden (ohne Hinweis auf die Grösse, sondern nur mit Hinweisen wie: Für 2 Erwachsene und 2 Kinder plus Haustier, - und ohne Ausweisung des Mietpreises, den ja automatisch das Wohnungsamt an den Vermieter überweist), - und man begleitet sie dann gleich in ihre neue Wohnung.

Drängen sehr viele Menschen in die Städte, muss das Wohnungs-Amt den Sozial-Wohnungs-Bau einfachsten Wohn-Raumes ankurbeln. Wobei, nachdem die Fehl-Anreize unwirksam geworden sind, die Menschen sich vielleicht wieder viel mehr Richtung Land bewegen werden.

Falls ein größeres ZE erzielt wird, dürfte sich hoffentlich jeder, nachdem er einige Monats-Mieten als Sicherheit angespart hat, eine bessere Wohnung auf dem freien Wohnungs-Markt suchen, was weitere Regelungen überflüssig machen würde.

Falls das nach 6 Monaten nicht klappt, müsste durch das Wohnungs-Amt ein Prozentsatz der Miete (1-100%) vom ZE eingezogen werden. Vielleicht sollte bei kleinen ZE z.B. die Hälfte beim Arbeitenden verbleiben.

Schwarzarbeit müsste deutlich strenger bestraft werden, damit das Wohnungs-Amt über das Finanz-Amt auch auf alle ZE Zugriff hat.

Zukünftig wird von staatlicher Seite dringendst jedermann angeraten, Reserven anzusparen für die Zeit einer (aufgrund der neuen Anreize für Jobcenter-Mitarbeiter sehr seltenen und kurzen) Arbeits-Losigkeit, falls die mal nicht sofort verhindert werden kann durch die in Zukunft ja höchst motivierten Arbeits-Agentur-Mitarbeiter und Sozial-Arbeiter.

Kann jemand trotz der Anspar-Empfehlung dennoch die Wohnung nicht mehr bezahlen, führt das Wohnungs-Amt den Umzug in einer Weise durch, dass niemand den Unterschied zwischen einem gewerblichen Umzug und dem des Wohnungs-Amtes erkennen kann, z.B. durch Miet-Transporter und neutrale Kleidung.

Weil sie durch die viel aktiveren Arbeits-Agentur-Mitarbeiter und deren persönliches Begleiten jedes von Arbeits-Platz-Verlust Bedrohten zum nächsten Arbeitsplatz überflüssig werden, werden Arbeitslosen-Versicherungen eingespart. Sobald alles gut läuft, werden die angehäuften Gelder an die Einzahler zurückgezahlt oder dem Wohnungs-Amt zugeführt, das ja die alte Arbeitslosen-Versicherung ersetzt und die Rettung darstellt, falls jemand zuwenig angespart hat.

Ganz generell sollen die Reformen Evolutions-Prozesse in Richtung der idealen liebevollen, sozialen, menschlichen Lebensweise herstellen, innerhalb derer es weder Kriminalität noch Obdachlosigkeit noch Arbeitslosigkeit gibt. Aber bis es soweit ist, bis die Reformen voll greifen und die ausgelösten Evolutionsprozesse am Ziel sind, ist eine ausreichende Ordnung der Verhältnisse nötig:

Recht und Ordnung wieder herstellen:

Wir haben viel zu viele Polizisten. Die fast immer das Falsche tun.

Zukünftig die höchsten Belohnungen für diejenigen Polizisten und Staatsanwälte, die die besten Sicherheits-Gefühl-Stimmen oder Wohlfühlstimmen und Gesundheits-Daten in ihren Bezirken erwirken?

Neuer Straf-Tatbestand der Belästigung?

Unauffällige Polizist/innen in Zivil mit Ton-Kameras am Körper dokumentieren alle paar Wochen an Brennpunkten Straf-Taten und rufen die Uniformierten - Ein solcher Beamter ersetzt 20 andere

Opfer von verbalen oder anderen Straftaten, bei denen Zeugen fehlen und Wiederholungs-Taten möglich sind, leiht die Polizei unsichtbare Kameras, die z.B. immer 30 Minuten aufnehmen und danach wieder neu aufnehmen. Wird das Opfer wieder angegriffen, stoppt es danach die Kamera, ruft die Polizei, und der Täter ist überführt. Ist nur die Stimme des Täters drauf, reicht ja auch das zur sicheren Identifizierung.

Schon wenn telefonisch ein Opfer auch nur die kleinste strafbare Handlung im Internet mitteilt, reagiert die Polizei sofort, ermittelt und bestraft den Täter.

Bei den Tätern spricht sich rum: Ich komm mit Straf-Taten und Ordnungs-Widrigkeiten nicht mehr durch, sogar im Internet benehmen sich alle.

Recht auf Wohnung und Pflicht zur Wohnung

Schädigen anderer durch schnelles Fahren härter bestrafen?

Laute Fahrzeuge sehr hart bestrafen?

Schwarz-Arbeit viel höher bestrafen?

Mehr Belohnung für Richter, die bessere Sicherheits-Gefühl-Stimmen oder Wohlfühlstimmen usw. in ihren Bezirken erwirken?

Hartes, effizientes Respekt erzeugendes Durchgreifen bei Hooligans und ähnlichem anstatt sich mit ihnen zu prügeln? Der Polizist wird wieder zur Respekts-Person und ersetzt so 20 frühere?

Gesundshrumpfen der Polizei durch Belohnungen für Effizienz-Erhöhung

Mögliche Themen von Talkshows:

A. gesündere Ernährung (Tierische Nahrung, Eiweiß, Nahrungserhitzung, Nahrungsergänzung, Öle, - gut oder schlecht? Nüsse-Eichhörnchen, Ver-Züchtung und Übersäuerung, (Intervall-)Fasten, Wildkräuter, Mikrobiom Geburt bis Bauernhof, Bestellgemeinschaft)

B. freudemachender (Volks-) Gesundheits-Sport

C. Betriebliche Gesundheitsförderung, (Private) (Betriebs-) Gesundheitskasse nach chinesischem Prinzip, Schaffung gesunder Anreiz-Strukturen in den Betrieben. Ranglisten, Tandem-Systeme, Gruppenarbeit und die Messung derer Leistung usw. parallel zur Reform der staatlichen Systeme

D. vollständiger gesunder Lebensstil vs. Sucht, Überbevölkerung, energiesparend wohnen in Häusern innerhalb von Gewächshäusern, in denen auch die Rück-Züchtung der gezüchteten Nahrungs-Pflanzen denkbar ist. Nachahmung, Konformitäts-Sucht, Autoritäts-Orientiertheit, Herden-"Trieb" nützlich in gesunder Zivilisation mit natürlichen, gesunden Autoritäten, schädlich in kranker Zivilisation, Beispiel: Mit den anderen mit Hurra in den Tod rennen im 1. Weltkrieg.

Dann sollten wir auch die menschliche Memetisch-Genetische Evolution noch viel deutlicher diskutieren mit Themen wie:

Memetische Unterdrückung der natürlichen menschlichen ...

Friedfertigkeit

Gemeinschaftsfähigkeit

Toleranz gegenüber Andersdenkenden

Musikalität

Freude am Tanz

Gewaltfreiheit

Konflikt-Schlichtungs-Fähigkeit

Bewegungslust

Suchtfreiheit

Glücksfähigkeit

Körperbehaartheit

Gruppenbezogenheit

Gruppenfähigkeit

Still-Intensität und -Dauer

Verbrechens-Freiheit

Sexualität

Eifersuchtsfreiheit

olfaktorischen Partnerwahl-Mechanismen

Neigung zum Demokratischen

Nacktheit

Freiheit zum Körperkontakt

Freiheit vom Aberglauben

usw.

Die Wohlfühl-Stimme würde alle Umbauten des demokratischen Systems überflüssig machen. Da die Wohlfühl-Stimmen und Gesundheits-Daten der Kommune, des Landes und des Bundes den Wählern ständig zur Verfügung ständen, wäre die Politik ganz scharf auf kompetente Reformer, ohne die eine Partei sowieso nicht mehr wiedergewählt würde. Das Vorbei-Regieren an den Menschen und das Beraten-Lassen durch Lobbyisten hätte von der ersten Sekunde an ein Ende von beiden Seiten aus: Die Konzerne streben nur noch den glücklichen gesunden Menschen an, und die Politik genauso. Da ist dann kein Platz mehr für Entscheidungen, die den Menschen schaden und den Konzernen nützen. Nur noch, was den Menschen nützt, nützt auch den Konzernen. Also wäre das Folgende teilweise nicht mehr nötig:

Die Verbesserung der Demokratie durch Korrektur aller demokratie-bezogenen (Fehl-) Anreize durch positive Gegenanreize, inclusive Demokratie-Pur-Talk-Shows. Und damit auch aus der Wirtschaft fähige Leute kandidieren, können die auch höhere Bezüge bekommen in der Höhe ihres

Durchschnitts-Einkommens der letzten Jahre. Ganz generell: Die Fähigsten wieder ins Lehren, in die Politik (Staats-Management) und in Unternehmens-Management locken. Entsprechend hohe Prämien. In Politik erhöhtes Gehalt möglich gemäß Durchschnitts-Gehalt der letzten 4 Jahre. Mini-Volks-Entscheide (Repräsentative Wähler-Stich-Proben) entscheiden, welche Themen große Volks-Entscheide werden. Keine Unterschriften-Listen mehr.

.....